

# DIE WIENER POLIZEI



GEORG KLIMBACHER:

## EHRUNG FÜR DAS LEBENSWERK

Foto: Bernhard Elbe

SERIE ÜBER WIENS KRIMINALISTEN: DER LÄNGSTDIENENDE GENERALSEKRETÄR DER INTERPOL

### RESILIENZ:

Die Polizei rüstet sich für ein Blackout, um für Sicherheit weiter sorgen zu können

### GROSSEREIGNISSE:

Mit eigenen Beweissicherungs- und -dokumentationsteams werden Beweise bei Großdemos gesichert

### POLIZEISANITÄTER:

Die Polizeisanitäter versorgen verletzte Polizisten, untersuchen Häftlinge und testen auf Corona



**133ER-AWARD:**

In acht Kategorien wurden Polizistinnen und Polizisten mit einem 133er-Award gewürdigt – vom Newcomer über den Preis für kriminalpolizeiliche Leistungen bis hin zum Lebenswerk



**BEWEISSICHERUNG:**

Bei Großveranstaltungen ist es wichtig, trotz dynamischer Lage Beweise bei Straftaten zu sichern und zu dokumentieren. Dafür sorgen eigene Teams, die mit Kameras die Geschehnisse festhalten und für Strafverfahren sichern



**POLIZEISANITÄTER:**

Das Aufgabenspektrum der Polizeisanitäter reicht von der Erstversorgung verletzter Polizisten über die Untersuchung von Häftlingen bis hin zur Vornahme von Corona-Testungen

INTERN

- 4 Editorial

MAGAZIN

- 7 „Raserpaket 2021“ in Kraft; WEGA-Medics erhalten Camillo-Award; 30 demenzfreundliche Dienststellen in Wien
- 8 Polizeiseelsorge
- 9 **MENSCHLICH:** Gegen den Winterblues

133ER-AWARD

- 10 Vom Newcomer bis zum Lebenswerk: Auch heuer wurden die 133er-Awards pandemiebedingt erst am 30. August überreicht

POLIZEI IN WIEN

- 14 Resilienz der Polizei: Mit einem neuen Projekt rüstet sich die Wiener Polizei für den Fall eines Blackouts, um Sicherheit garantieren zu können
- 18 Beweissicherungs- und -dokumentationsteams im Ordnungsdienst sorgen für die Dokumentation von Straftaten etwa bei Großdemos
- 22 Festnahmen bei Großereignissen erfordern eigene Abläufe und eine besondere Logistik. Spezielle Festnahmekontingente sorgen dafür
- 27 Polizeisanitäter: Die Erstversorgung verletzter Polizisten, die Untersuchung von Häftlingen – das Aufgabenspektrum der Beamten ist breit

POLIZEIGESCHICHTE

- 32 In einem Forschungsprojekt soll die Rolle der Polizei in Österreich in der NS-Zeit zwischen 1938 bis nach 1945 untersucht werden
- 34 Die erfolgreichsten Kriminalisten Wiens (Teil 15): Polizeijurist Oskar Dressler war der erste und am längsten dienende Generalsekretär der Interpol

POLIZISTEN IN WIEN

- 37 Polizeijurist Hofrat Walter Hladik verabschiedet sich in den Ruhestand – nach einer aufregenden Berufslaufbahn mit 35 Dienstjahren

BÜCHER

- 45 Lana Atakisieva, Polizistin in Berlin-Neukölln schreibt über ihre Erlebnisse im Dienst

SCHLUSSLICHT

- 46 Geschichtliches, Stilblüten, Zitate, Impressum

**Sehr geehrte Leserin,  
sehr geehrter Leser!**



**D**er „133er-Award“ hat uns wieder die Gelegenheit gegeben, den Polizistinnen und Polizisten Danke zu sagen. Wieder habe ich an diesem Abend Kolleginnen und Kollegen getroffen, die sich tagtäglich mit aller Kraft für das Gemeinwesen einsetzen. Polizistin bzw. Polizist zu sein, ist ein schwerer Beruf von früh bis spät. Man weiß nie, was einen in einer Dienstreise erwartet. Man weiß nie, womit man es in einem Tagdienst oder einem Nachtdienst zu tun bekommt. Es sind nicht immer die angenehmsten Dinge, die einem als Polizistin oder Polizist begegnen. Diesen Beruf auszuüben, heißt, oft viele Dinge zugleich erledigen zu müssen, sich um vieles kümmern zu müssen, und sehr oft sind das Dinge, von denen sich niemand eine Vorstellung machen kann und die niemand anderer erledigen möchte.

Das Wichtigste für eine Polizistin bzw. einen Polizisten ist es, mit Herz und Seele bei der Sache zu sein – für Sicherheit sorgen zu wollen, aber auch für Hilfe. Wenn sich Polizistinnen und Polizisten für die Bürgerinnen und Bürger engagieren, wenn sie für die Wienerinnen und Wiener da sind, dann gehören sie zum „133er-Award“ und müssen entsprechend geehrt und gewürdigt werden.

Mir ist aber auch bewusst, dass wir bei den Feiern zum „133er-Award“ immer nur einen kleinen Ausschnitt an Kolleginnen und Kollegen sehen, die es verdienen, im Rathaus auf der Bühne zu stehen. Daher gilt mein Dank von dort aus auch immer jenen Polizistinnen und Polizisten, die nicht auserwählt sind, einen der „133er-Awards“ entgegennehmen zu dürfen. Denn viele wahre Heldentaten geschehen im Kleinen und ohne großes Aufsehen, oft unbemerkt von der Öffentlichkeit – und oft auch unbedankt. Daher möchte ich auch für diese ungeschienenen Heldentaten Danke sagen.

Danke für Ihren Einsatz!

Bleiben Sie gesund und sicher!

*Dr. Gerhard Pürstl  
Landespolizeipräsident*

## DIE POLIZEI IN WIEN



Illegale Straßenrennen: Den Fahrern drohen hohe Strafen und Führerscheintzug.

### RASEN NICHT ERLAUBT

Mit 1. September 2021 ist das „Anti-Raserpaket“ in Kraft getreten. Illegale Straßenrennen werden als „besonders gefährliche Verhältnisse“ gewertet: sechs Monate Führerscheintzug drohen, bei Wiederholung eine verkehrspsychologische Untersuchung. Bei stark überhöhter Geschwindigkeit wird der Strafrahmen von 2.180 Euro auf 5.000 Euro erhöht.

Wer die erlaubte Geschwindigkeit um mehr als 40 km/h im Ortsgebiet und mehr als 50 auf Freilandstraßen überschreitet, muss mit Führerscheintzug von mindestens einem Monat rechnen, bei Wiederholung bis zu drei Monate. Überschreitungen von 80 km/h im Ortsgebiet und 90 auf Freilandstraßen

zählen als Vergehen unter besonders gefährlichen Verhältnissen. Der Führerschein wird sechs Monate entzogen und der Fahrzeuglenker zur Nachschulung geschickt. Die Übertretung wird im Führerscheinregister eingetragen und erlischt nach vier Jahren. Im Raserpaket wurde auch die Beschlagnahme der Fahrzeuge diskutiert, wobei die Details dazu noch offen sind und in den nächsten Monaten ausgearbeitet werden.

Illegale Straßenrennen werden über Messenger ausgemacht. Zusatzausrüstungen sind nicht genehmigt. Die Fahrzeuge sind zu laut, haben kaum Bodfreiheit, der Lenkradius ist eingeschränkt und die Bremsfähigkeit vermindert.

### CAMILLO-AWARD 2021 FÜR WEGA-MEDICS

Johannes Ohner ist Notfallsanitäter mit der allgemeinen Notfallkompetenz Arzneimittellehre, Venenzugang und Infusion. Er war maßgeblich an der Implementierung des taktischen Sanitätskonzepts bei der WEGA beteiligt. Er erhielt die Auszeichnung „Camillo Award“ von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka verliehen.



## AUSBILDUNG

### DEMENZFREUNDLICH

In Österreich sind 145.500 Menschen von Demenz betroffen, über 50 Millionen weltweit. Die häufigste Form ist Alzheimer. Wird eine an Demenz erkrankte Person vermisst, geht der erste Weg zur Polizei. Amtshandlungen mit Menschen mit Demenz gehören immer öfter zum Be-



Wien: 30 Dienststellen haben das Prädikat „demenzfreundlich“ erworben.

rufsalldag der Polizei. 2016 wurde in Kooperation mit der *Donau-Universität Krems*, der *MAS-Alzheimerhilfe* (Morbus Alzheimer Syndrom) und der Sicherheitsakademie eine Online-Schulung für Polizistinnen und Polizisten entwickelt – für den Umgang mit Menschen mit Demenz. Bislang haben sich über 15.000 Polizistinnen und Polizisten in ganz Österreich mit der Online-Schulung „Einsatz Demenz“ beschäftigt, über 13.000 haben das Modul erfolgreich abgeschlossen.

Mindestens 70 Prozent der Polizistinnen und Polizisten einer Dienststelle müssen das Online-Training „Einsatz Demenz“ erfolgreich absolviert haben, um das Zertifikat „Demenzfreundliche Dienststelle“ zu erhalten. Als Bindeglied zu Partnerorganisationen müssen außerdem Ansprechpersonen bei der Polizei nominiert werden, die Menschen mit Demenz und auch deren Umfeld betreuen. In Wien gelten 30 Dienststellen nach diesen Kriterien als demenzfreundlich.



SEELSORGE

„RESPEKT“

Etwas mehr Respekt wünschen sich viele Menschen von anderen. Wer Respekt erwartet, der muss ihn auch anderen entgegenbringen. Respekt bedeutet nicht, alles für gleich gültig zu halten. Respekt meint, Position zu beziehen und sie mit der anderen ins Gespräch zu bringen. Wer Respekt übt, muss wissen, was ihm oder ihr wichtig ist. Wer einer anderen Person Respekt zollt, nimmt sich Zeit, auf das zu blicken, was sie gesagt und getan hat oder wie sie ist. Er würdigt damit den anderen Menschen in seiner eigenen Art.

Polizistinnen und Polizisten sind in ihrem Dienst oft an den Brennpunkten

und so gehören sie zu den ersten, die bemerken, wenn sich in unserer Gesellschaft etwas ändert. Zum Beispiel, dass wir in unserer Gesellschaft offensichtlich zunehmend ein Problem haben mit dem Respekt voreinander. Da wird nicht nur der Umgangston heftiger, da werden auch schon einmal Polizeibeamte angepöbelt und in Ihrem Dienst behindert. Respekt drückt die Achtung gegenüber einem anderen Menschen aus.

Ja, es verändert sich etwas in unserer Gesellschaft. Wir gehen anders miteinander um.

Ich ziehe meinen Hut und zolle Respekt allen Polizistinnen und Polizisten, die diese innere Haltung ein- und wahrnehmen können.

Jesus fragt: „Was siehst du den Splitter in deines Bruders Auge und nimmst nicht wahr den Balken in deinem Auge?“ Unsere Selbst- und Fremdwahrnehmung klaffen auseinander. Jesus stellt unsere Objektivität in Frage. Haben wir den Mut,

auf Missstände hinzuweisen, unsere Stimme zu erheben für Menschen, die respektlos behandelt werden? Haben wir den Mut, der- oder demjenigen, dem Respekt gebührt, auch Respekt zu zollen?

Gott schenke uns die Kraft, die Geduld und die innere Größe, all das, diesen Respekt, den ich mir wünsche, auch meinem Nächsten entgegenzubringen.

Und dazu ist auch die Polizeiseelsorge jederzeit da, kontaktieren Sie uns – wir sind für Sie da.

*Stefan Kunrath, Lektor  
Bundeskurat der Evangelischen  
Polizeiseelsorge*



## MENSCH & ICH GEGEN DEN WINTERBLUES

Das Laub fällt von den Bäumen, die Tage werden wieder kürzer und die Sonne lässt sich nur mehr wenig blicken. So schön der Herbst mit seinen bunten Farben und spätsommerlichen Temperaturen auch sein kann, läutet er eine für Viele belastende Jahreszeit ein.

Die sogenannte Winterdepression beginnt im Herbst und dauert meist bis in den Frühling an. Auffallende Traurigkeit, Energielosigkeit, Gereiztheit, Müdigkeit und Antriebslosigkeit sind nur einige der Symptome, die bei starker Ausprägung zur Belastung im Alltag werden. Bei leichter Symptomatik spricht man dann vom sogenannten „Winterblues“.

es“. Aber wieso fühlen wir uns gerade im Winter oftmals so müde und antriebslos und neigen zu schwermütigen Gedanken?

**Lichtmangel.** Der Ursprung liegt im Lichtmangel. Durch das fehlende Licht produziert der Körper zu wenig Serotonin, das für unsere gute Stimmung verantwortlich ist. Zeitgleich wird aber vermehrt das Schlafhormon Melatonin produziert.

Neben den Hormonen spielen natürlich aber auch noch andere Faktoren eine Rolle, wie zum Beispiel der Rückzug in die eigenen vier Wände. In der kalten Jahreszeit verbringt man eher weniger Zeit im Freien und bleibt lieber im beheizten, gemütlichen Wohnzimmer und genießt das Entspannen auf der Couch. Dies geht oftmals auch mit einem Rückzug von Sozialkontakten einher.

Der Rückzug wird durch die noch immer anhaltende Pandemie verstärkt und

so verzichten viele auf freundschaftliche Treffen oder familiäre Kontakte.

Was kann nun helfen, erst gar nicht in den Winterblues oder eine Winterdepression zu kommen?

Die Anzahl der Sonnenstunden können wir nicht beeinflussen, sehr wohl aber unsere Zeit an der frischen Luft. Versuchen Sie, auch im Winter an der frischen Luft Sport zu betreiben oder Spaziergänge zu machen und ausreichend Tageslicht in die Wohn- und Arbeitsräume zu lassen. Manchmal kann auch eine spezielle Lichttherapie helfen oder – unter ärztlicher Kontrolle – die Zufuhr von Vitamin D. Pflegen Sie weiterhin Ihre Hobbys und Sozialkontakte, bleiben Sie aktiv. Das reduziert auch den durchaus lästigen Winterspeck, der durch das gesteigerte Verlangen nach Kohlenhydraten oftmals ein Problem für die „Bikinifigur“ im nächsten Sommer darstellt. Schöne Herbstzeit!

*Angelika Schäffer*

# 133er AWARD



## Die 133er des Jahres

Vom Newcomer bis zum Lebenswerk: Auch heuer wurden pandemiebedingt die 133er-Awards nicht am 13. März überreicht, sondern am 30. August. Die Feier im Rathaus war dennoch gelungen.

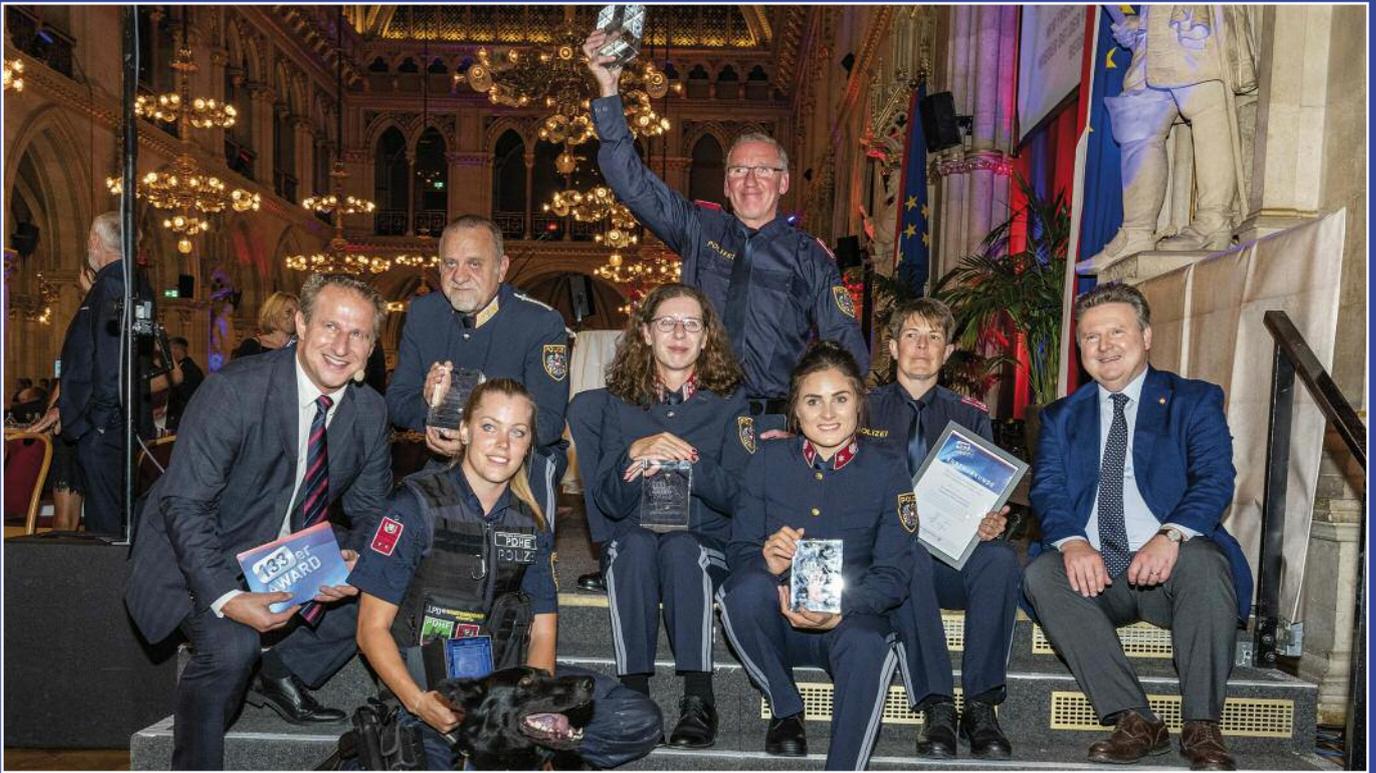
**P**olizist des Jahres wurde Kontrollinspektor Harald Snitily vom Stadtpolizeikommando Josefstadt. Er versieht seit seinem Eintritt in den Polizeidienst 2004 Dienst in 8. Bezirk. Er ist als kompetenter, korrekter und engagierter Polizist bekannt.

Snitily hat bisher mehr als 500 Strafrechtsanzeigen nach dem Suchtmittelgesetz erstattet. Er pflegt Kon-

takt mit Alkohol- und Suchtgiftkranken rund um den Drogen-Hotspot an der U6-Station Josefstraße und hat dabei den Respekt und die Akzeptanz dieser Personen erlangt.

Neben Snitily waren zum „Polizisten des Jahres“ nominiert: Bezirksinspektor Thomas Schachel vom Stadtpolizeikommando Funfhaus und Inspektor Maximilian Cecchella vom Stadtpolizeikommando Favoriten.

**Newcomerin des Jahres** wurde Inspektorin Martina Riegler. Sie besuchte das Sportgymnasium in Innsbruck und maturierte 2012. Sie war mehrfache Staatsmeisterin im Ringen, nahm mehrmals an Europameisterschaften teil, bevor eine Verletzung ihren Weg zum Profisport zunichte machte. Sie ringt jetzt wieder – für den Polizeisportverein, wo sie heuer die Aufnahme in den Teamkader schaffte. Obwohl



sie erst am 1. Juni 2020 ausgemustert wurde, kann sie schon auf einige verdienstreiche Amtshandlungen hinweisen, vor allem in der Bekämpfung der Eigentumskriminalität.

Ebenfalls verdient hätten sich den Titel des Newcomers des Jahres Inspektor Alex Patrias vom Stadtpolizeikommando Donaustadt und Inspektor Braunsteiner vom Stadtpolizeikommando Döbling.

**Kriminalpolizei.** In der Kategorie „besondere kriminalpolizeiliche Leistungen“ gewann Kontrollinspektorin Martina Reuter von der Abteilung Fremdenpolizei und Anhaltevollzug.

Im September 2019 ermittelte Reuter gegen einen Armenier, unter anderem wegen des Verdachts, Scheinfirmen gegründet zu haben. Er soll Menschen aus Osteuropa mit teils schweren Erkrankungen als Kommanditisten

von Firmenkonstrukten mit falschen Angaben bei der Sozialversicherung versichert haben, obwohl sie keinen Anspruch darauf hatten, weil sie zu keinem Zeitpunkt einer Erwerbstätigkeit in Österreich nachgegangen waren. Wegen Investmentbetrugs mit internationalem Haftbefehl gesucht, gelang es dem Armenier 2014, seine Auslieferung nach Armenien zu verhindern und Asylstatus in Österreich zu



erlangen. 2012 begann er, ein Netzwerk aufzubauen, mit Mittätern in Russland und Armenien, die „Patienten“ vermittelten. Der Hauptbeschuldigte wurde im Juli 2020 im AKH Wien festgenommen. Sein Hauptkomplize wurde in Linz festgenommen.

Nach fast zwei Jahren Ermittlungen werden neben den beiden Hauptbeschuldigten 259 Personen als Verdächtige geführt. Die nachgewiesene Schadenssumme beträgt über 2,8 Millionen Euro.

Neben Martina Reuter waren nominiert: Revierinspektor Boris Markovic vom Landeskriminalamt Wien/Ermittlungsdienst und Revierinspektor Christoph Krizek vom Stadtpolizeikommando Favoriten. Beide waren für eine ganze Reihe von Aufklärungen nominiert worden.

**Prävention, Menschenrechte, Opferschutz.** In der Kategorie „Besondere Verdienste auf dem Gebiet der Prävention, der Menschenrechte und des Opferschutzes“ wurde Gruppeninspektor Andreas Mann vom Stadtpolizeikommando Donaustadt zum Sieger erkoren. Andreas Mann trat 1982 in die Wiener Sicherheitswache ein. Nach der Grundausbildung wurde er der Donaustadt dienstzugeteilt, wo er bis heute Dienst verrichtet, mittlerweile als einer der ältesten und erfahrensten Polizisten, in der Polizeiinspektion Langobardenstraße.

Neben Mann waren in dieser Kategorie nominiert: Gruppeninspektorin Patricia Hierreich vom Stadtpolizeikommando Simmering und Bezirksinspektor Christian Dumbrava vom Stadtpolizeikommando Innere Stadt.

**Verkehrssicherheit.** Besonders verdient gemacht hat sich um die Verkehrssicherheit Gruppeninspektorin Petra Kremnitzer. Sie ist seit 20 Jahren in der Verkehrserziehungsgruppe (VEG) der Landesverkehrsabteilung.

Es gibt kein Projekt der Verkehrserziehungsgruppe, in dem sie nicht dabei ist und ihre fachliche Kompetenz und ihr Engagement beisteuert. Ihr Thema in Schulen ist „Verkehrssicherheitsberatung für Führerscheinanfänger“. Auch in Seniorenklubs und Seniorenwohnhäusern ist sie unterwegs.

Neben Petra Kremnitzer hatten Chancen auf den Titel in der Kategorie Verkehrserziehung: Bezirksinspektor Daniel Jokanovic vom Stadtpolizeikommando Margareten und Revierinspektor Florian Fenyvesi vom Stadtpolizeikommando Favoriten.



Die Preisträger des Abends – in der Kategorie „Newcomerin“ Martina Riegler; „Kinder & Sicherheit“: Isabella Willrader; für besondere Leistungen in „Prävention/Menschenrechte/Opferschutz“: Andreas Mann; „Verkehrssicherheit“: Petra Kremnitzer; für besondere „kriminalpolizeiliche Leistungen“: Martina Reuter; für sein „Lebenswerk“: Georg Klimbacher; „Held auf 4 Pfoten“: Marie-Luise Gawlik mit Hund „Domina“; „Polizist des Jahres“: Harald Snitily.

**Lebenswerk.** Für sein polizeiliches Lebenswerk wurde Chefinspektor Georg Klimbacher ausgezeichnet. Er ist Kommandant der PI Julius-Tandler-Platz am Franz-Josephs-Bahnhof im Stadtpolizeikommando Josefstadt.

Georg Klimbacher trat im September 1976 als Praktikant in den Polizeidienst ein. Nach der Polizeischule versah er ab 1. Mai 1980 im 9. Bezirk Streifendienst. Mit 1. Juli 1987 wurde er dienstführende Beamter und blieb am Alsergrund. Am 1. Dezember 2013 wurde er Chefinspektor. Er gilt als „lebendes Vorbild an Einsatzfreudigkeit und Motivation“ für seine Kolleginnen und Kollegen. Er engagierte sich in zahllosen Arbeitsgruppen und in der

Umsetzung neuer Arbeitsmethoden, etwa als EDV- bzw. IKT-Trainer, als Vortragender in der berufsbegleitenden Fortbildung (BBF) für die Themen Eigensicherung und Einsatztaktik, Sicherheitspolizeigesetz, Waffengebrauchsrecht, Verkehrsrecht, Einsatzstab-Ausbildung, zur „Anwendung einsatzbezogener Körperkraft“. Seit 1998 ist er staatlich geprüfter Lehrwart und seit 2000 staatlich geprüfter Trainer an der Bundessportakademie Wien.

Er ist Mitglied der Arbeitsgruppe und Vortragender in der Ausbildung für PI-Kommandanten und deren Stellvertreter „Führung und Verantwortung“. 2010 erhielt er das „Ehrenzeichen der Republik Österreich“ und

zuvor das Dekret „Positionierung der Führungskraft in unserer Organisation“.

Georg Klimbacher ist seit 1979 Vorstandsmitglied im *Verein der Kolpingfamilie Alsergrund*. 22 Jahre lang wirkte er an den Aufführungen der Laienbühne *Kolping IX* mit. Mit den eingespielten Einnahmen wurden jedes Jahr Sozialprojekte unterstützt.

Neben Georg Klimbacher waren für den 133er in der Kategorie Lebenswerk vorgeschlagen: Chefinspektorin Agnes Kitzler von der Abteilung Fremdenpolizei und Anhaltevollzug (AFA) sowie Gruppeninspektor Georg Feßl vom Stadtpolizeikommando Josefstadt.

# Resiliente Polizei

Mit einem neuen Projekt rüstet sich die Landespolizeidirektion Wien für Krisen und Katastrophen. Ein Handbuch zum Thema „Blackout“ wird noch in diesem Jahr veröffentlicht.

**F**rühjahr 2020: Die Corona-Pandemie konfrontierte die Wiener Polizei mit einer noch nie dagewesenen Situation. Bewährte Routinen reichten nicht aus, um die sich überschlagenden Ereignisse zu bewältigen. Es gab keine wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse, auf deren Basis man Entscheidungen treffen konnte. „Wir haben Einsatzplanung gemacht, ohne zu wissen, was kommen wird“, erinnert sich Oberst Klaus Hölscher, BA, Kommandant des Stadtpolizeikommandos Wien-Meidling.

Als Reaktion auf diese Herausforderungen wurden Pläne für neue Arbeitsabläufe erstellt, die sich rasch an veränderte Gegebenheiten anpassen lassen. Allerdings war es nicht die Pandemie, die Hölscher erstmalig einen Anlass lieferte, sich mit einem strukturierten Vorgehen im Krisenfall auseinanderzusetzen. Er hatte für die Fußball-Europameisterschaft 2008 als Angehöriger der Organisations- und Einsatzabteilung – der Vorgängerorganisation der heutigen Einsatzabteilung –

das ABC-Abwehrkonzept der Landespolizeidirektion Wien erstellt und an der Erstellung des ABC-Abwehrkonzepts der Stadt Wien mitgewirkt. Zehn Jahre später wurde Gruppeninspektor Werner Anton Lebinger, MSc, mit der

Erarbeitung eines CBRN-Abwehrkonzepts für die EU-Ratspräsidentschaft Österreichs betraut.

**Chefsache.** Nun haben beide gemeinsam die Leitung des Projekts „Re-



Klaus Hölscher: Man sollte im Kasten eine zweite, dritte Garnitur Unterwäsche haben und Medikamente, falls man welche nehmen muss.“



Leitungsausfälle im Jänner 2021 haben gezeigt, dass ein Blackout in Europa und damit auch in Österreich ein durchaus realistisches Szenario darstellt.

silienz der LPD Wien in Krisen- und Katastrophenlagen“ übernommen. Resilient zu sein bedeutet, auch in schwierigen Situationen handlungsfähig zu bleiben und auf die eigenen Fähigkeiten zur Lösung von Problemen zu vertrauen. Die Stärkung der Resilienz der LPD als Organisation – und damit auch der Mitarbeiter der Wiener Polizei – wurde mit dem von Landespolizeipräsident Dr. Gerhard Pürstl in Auftrag gegebenen Projekt zur Chefsache erklärt. Projektverantwortlicher ist Generalmajor Karlheinz Dudek, BA, MA. Das Projektteam besteht aus sechs Mitgliedern, die für den jeweiligen in ihre Zuständigkeit fallenden Bereich verantwortlich sind.

Lebinger betont, dass bei dem Projekt streng faktenbasiert vorgegangen wird: „Wir arbeiten mit wissenschaftlicher Fachliteratur, ergänzt durch Experteninterviews. Dadurch können wir

den Verlauf von Krisen und Katastrophen besser abschätzen und das Restrisiko definieren.“ Im Unterschied zu bisher sollen einzelne Einsatzpläne zu separat wahrgenommenen Risiken einer Krisensituation methodisch zusammengefasst werden. Die Planung umfasst die Vorsorge ebenso wie Bewältigung von Krisen und Katastrophen.

„Ausgehend von den Erkenntnissen aus der Pandemie soll das Projekt die LPD Wien krisensicherer machen. Ziel ist das Aufrechterhalten des Dienstbe-

Katastrophen angewandt werden. Die erste Bedrohung, dem sich das auf unbefristete Zeit angelegte Projekt widmet, ist ein länger andauernder, großflächiger Stromausfall, also ein Blackout. Weitere Themen wie Cyberangriffe werden folgen.

**Blackout.** Dass ein Blackout in Europa und damit auch in Österreich ein durchaus realistisches Szenario darstellt, haben die Ereignisse am 8. Jänner 2021 gezeigt. Mehrere kurz aufein-

*„Das Projekt soll die Landespolizeidirektion Wien krisensicherer machen.“*

triebs in Zusammenarbeit mit anderen Einsatzorganisationen sowie die Sicherung der kritischen Infrastruktur“, erklärt Lebinger. Das Konzept kann auf unterschiedliche Arten von Krisen und

anderfolgende Leitungsausfälle in Südosteuropa verursachten eine Trennung des südlichen Teils des europäischen Stromnetzes mit Stromüberschuss vom nördlichen Teil mit Strom-



Anton Lebinger: „Wenn ein Mitarbeiter weiß, dass seine Familie sicher und versorgt ist, kommt er in den Dienst“,

mangel, zu dem auch Österreich zählte. Durch die Kombination von zusätzlicher lokaler Stromerzeugung, Importen aus Nordeuropa und Verbrauchsreduktion ließ sich ein Stromausfall hierzulande verhindern.

Gelingt das nicht, gehen die Auswirkungen weit über das Problem, dass man sämtliche zu Hause oder am Arbeitsplatz benötigten elektrischen Geräte nicht mehr nutzen kann, hinaus. Was es bedeutet, wenn der Strom für mehrere Stunden oder sogar Tage ausfällt, beschreibt Hölscher folgendermaßen: „Die Mobilfunknetze werden überlastet, dann fallen sie komplett aus. Es gibt kein Benzin mehr, weil nur die wenigsten Zapfsäulen notstromversorgt sind. Versagen die elektrischen Pumpen, bricht auch die Was-

serversorgung und -entsorgung zusammen. In der Großstadt hat man nicht einmal die Möglichkeit, sich ein Plumpsklo zu bauen.“

Um die Folgen eines Blackouts abzufedern, sollte jeder Exekutivbedienstete zusätzlich zu den Präventivmaßnahmen durch die LPD sowohl im beruflichen als auch im privaten Umfeld Vorbereitungen treffen. Im Projekt werden drei Problemfelder unterschieden: Selbstschutz und Selbstvorsorge erstens an der Wohnadresse, zweitens am Arbeitsplatz sowie drittens Maßnahmen, die der Dienstgeber setzen muss. Nur wenn alle drei Bereiche abgedeckt sind, bleibt die Behörde handlungsfähig.

**Schlüsselfaktor.** „Aus der Sicht des

Krisenmanagements sind Selbstschutz und Selbstvorsorge an der Wohnadresse der Schlüsselfaktor, der über den Personalstand an der Dienstadresse entscheidet. Wenn ein Mitarbeiter weiß, dass seine Familie sicher und versorgt ist, kommt er in den Dienst“, erklärt Lebinger. Wie man sich im privaten Umfeld für einen länger andauernden Stromausfall wappnen kann, wird in einem derzeit in Ausarbeitung befindlichen Handbuch beschrieben.

Auch Ideen von Kollegen sollen einfließen: Über einen Button im Sharepoint wird es die Möglichkeit geben, eine „Ideenbox“ mit Vorschlägen zu befüllen. Zu den allgemein bekannten Maßnahmen gehören die Bevorratung mit ausreichend Trinkwasser und Nahrungsmitteln sowie die Anschaffung von netzstromunabhängiger Beleuchtung, Heizung und Kochgelegenheit. Auch darauf, gut verschließbare Müllsäcke einzulagern, sollte man nicht vergessen – insbesondere, wenn man mit einer nicht funktionierenden Klospülung rechnen muss. Es empfiehlt sich, dass jeder Bewohner, der sein Haus bzw. seine Wohnung verlässt, davor für die übrigen Familienmitglieder auf Papier oder auf einer Schreibtafel notiert, wo er hinget und wann er voraussichtlich wiederkommen wird.

Gerade bei der Polizei kann es passieren, dass man im Krisenfall länger nicht nach Hause zurückkehrt, weil man in der Dienststelle gebraucht wird. Das zu wissen, ist nicht nur für die Angehörigen wichtig, sondern hat auch praktische Konsequenzen, etwa den Wegfall des üblichen Wäschewechsels zu Hause. „Die Behörde stellt Verpflegung zur Verfügung, hat aber nicht für jeden Unterwäsche in Bevorratung. Man sollte daher im Kasten eine zweite, dritte Garnitur haben und Medikamente, falls man welche nehmen muss“, rät Klaus Hölscher.

**Ressourcen.** Die Polizeiinspektionen werden voraussichtlich mit einer „Krisen- und Katastrophenkiste“ ausgestattet, in der sich unter anderem



Für jeden Haushalt empfohlen: Bevorratung mit ausreichend Trinkwasser und Nahrungsmitteln sowie die Anschaffung von netzstromunabhängiger Beleuchtung, Heizung und Kochgelegenheit.

Lichtquellen und wichtige Unterlagen befinden, da man auf nur elektronisch gespeicherte Informationen ohne Strom ja nicht zugreifen kann. Um sich einen Überblick über die auch bei einem Blackout verfügbaren Ressourcen zu verschaffen, wird im Projekt erhoben, in welchen Dienststellen es etwa Notstromaggregate gibt oder eine Wasserversorgung durch höhergelegene Trinkwasserspeicher, die aufgrund des natürlichen Gefälles keine elektrischen Pumpen benötigen.

Auf Basis dieser Daten wird die LPD weitere Vorkehrungen treffen, etwa die Dächer von Dienststellen mit Photovoltaikanlagen ausstatten, sofern es die Statik des Gebäudes erlaubt. Eine weitere bauliche Maßnahme ist die Einplanung von Ruheräumen bei Neubauten, damit im Ernstfall mehr Personal als üblich die Nacht in der Dienststelle verbringen kann. Eine Überlegung, um auch bei nicht funktionierenden Mobilfunknetzen kommunizieren zu können, ist die Nutzung eines Kurzwellennetzes, bei dem die Verbindung über bestehende Relaisstationen hergestellt wird.

Hölscher lobt die Zusammenarbeit mit der Stadt Wien, die bei Krisen und Katastrophen dazu beitragen kann, dass die LPD die erforderlichen Res-

ourcen zur Verfügung gestellt bekommt. Auch die Kooperation mit anderen Einsatzorganisationen, mit dem Bundesheer und der *ASFINAG*, die bei Bedarf mit Treibstoff für Fahrzeuge und mit Notstromaggregaten aushilft, ist fixer Bestandteil der Planung für den Krisenfall.

**Krisenbewältigung.** Wenn eine Strommangellage eintritt oder die Stromversorgung ausfällt, setzt die LPD Wien die geplanten Maßnahmen Schritt für Schritt um, bei einem Blackout sind die Maßnahmen zur Krisenbewältigung tiefergehend. Polizeiinspektionen werden nur geschlossen, wenn sich die Versorgung der jeweiligen PI nicht mehr gewährleisten lässt, die LPD teilt die Mitarbeiter dann einer anderen Dienststelle zu. Müssen Funkgeräte geladen werden, ist das in den Stadtpolizeikommanden möglich, die über Notstromaggregate verfügen. Ein Plan gibt Auskunft darüber, an welchen Treibstoffsäulen man die Funkwagen weiterhin betanken kann.

„Dauert der Stromausfall länger, muss die Polizei den Raumschutz übernehmen, der wesentlich für die Auf-

rechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit ist“, erläutert Lebinger. Eine flächendeckende Polizeipräsenz dient nicht nur dazu, Vorfälle wie Plünderungen zu verhindern, sondern auch, um der Bevölkerung mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Versinkt die Stadt für längere Zeit in Dunkelheit, steuern Bürger die wenigen „Lichtinseln“ wie mit Notstrom versorgte Krankenhäuser oder Polizeidienststellen an, um Hilfe zu suchen.

Auch für den Fall, dass die interne Kommunikation mit der LPD nicht mehr möglich ist, wird vorgesorgt. „Wenn der Kontakt zur zentralen Kommandostelle abbricht, müssen die Stadtpolizeikommanden in der Lage sein, sich selbst zu führen, bis wieder eine Verbindung hergestellt ist. Auch hier wird es erforderlich sein, redundante Kommandostrukturen zu erarbeiten“, sagt Lebinger. Alle Mitarbeiter sollen die Sicherheit haben, sich jederzeit auf ihren Dienstgeber verlassen zu können. Empirische Daten würden zeigen, dass eine Krise als weniger schwerwiegend wahrgenommen wird, solange Hoffnung auf eine Lösung durch die Behörden besteht.

R. P.

„Ideenbox“ für  
Vorschläge für ein  
Handbuch

# Beweissicherer im Einsatz

Bei Beweissicherungs- und -dokumentationsteams heißt es „Aufnahme läuft“, wenn es heiß hergeht. Sie sorgen dafür, dass Straftäter überführt und zu Unrecht beschuldigte Kollegen entlastet werden.

**E**ine Reihe Polizisten, ihnen gegenüber eine Gruppe Demonstranten. Plötzlich taucht ein Gegenstand über den Köpfen der Uniformierten auf. Kontrollinspektor Simon Lehmann, Landeskoordinator für Beweissicherung und Beweisdokumentation der Landespolizeidirektion Wien, klickt auf das „Stopp“-Symbol am Bildschirm seines Computers. Jetzt ist gestochen scharf eine Bierdose in der Luft zu erkennen, die eine Spur von Tropfen hinter sich herzieht. Das ist noch eines der harmloseren Wurfgeschosse – auch Glasflaschen und pyrotechnische Gegenstände werden in Richtung der Einsatzkräfte geschleudert.

Diese am 1. Mai 2021 bei einer Demonstration der *Antifa* gemachten Aufnahmen zeigen, wie wichtig es ist, dass die Polizei Einsätze des Großen Sicherheits- und Ordnungsdiensts dokumentiert. „Das Gegenüber hat bei der Demo gefilmt, die Aufnahmen geschnitten und dann argumentiert, die Polizei habe sich aggressiv verhalten“, so Revierinspektorin Marijana Kald-



Simon Lehmann: „Ein Ziel der Beweissicherung und -dokumentation besteht darin, die Kollegen zu entlasten – wenn etwa behauptet wird, dass jemand bei einer Festnahme misshandelt worden sein soll.“

rmdžić, ebenfalls im Bereich Beweissicherung (*BeSi*) und Beweisdokumentation (*BeDo*) tätig. In sozialen Medien geteilte Videos, in denen nur die Reaktion der Einsatzkräfte zu sehen sind, nicht aber gegen diese gerichtete Angriffe, vermitteln der Öffentlichkeit ein falsches Bild.

**Aussagekräftig.** „Ein Ziel der Beweissicherung und -dokumentation besteht darin, die Kollegen zu entlasten – wenn etwa behauptet wird, dass jemand bei einer Festnahme misshandelt worden sein soll“, erklärt Lehmann. Straftäter lassen sich anhand der Aufnahmen leichter ausforschen. Um dem Gericht aussagekräftige Informationen liefern zu können, filmt man am besten eine Amtshandlung durchgehend bis zu deren Beendigung, ohne dazwischen die Kamera auszuschalten.

Ein weiterer Nutzen besteht in der Prävention von Straftaten, betont Kald-rmdžić: „Die Kamera wirkt auf potenzielle Täter abschreckend“, sagt sie. „Oft stehen wir nur in der Menge mit der Kamera am Stativ im Standby-Modus – und



Die Demonstration gegen Anti-Corona-Maßnahmen am 31. Jänner 2021 wurden umfangreich dokumentiert.

die Leute denken, wir filmen.“ Demonstranten oder Fußballfans, die nichts im Schilde führen, reagieren auf den Anblick der *BeSi*- und *BeDo*-Teams gelassen. Wenn sich jemand hinter einem Transparent versteckt oder sich verummmt, sobald er eine Polizei-Kamera sieht, ist laut Lehmann zu erahnen, dass derjenige etwas plant.

Demonstrationszüge bewegen sich oft durch mehrere Bezirke und werden von mehreren Polizei-Kamerateams begleitet. Die wienweite *BeSi*- und *BeDo*-Koordination sorgt dafür, dass jede involvierte Dienststelle alle für sie relevanten Aufnahmen rasch zur Verfügung gestellt bekommt. „Früher sind die Videos bei der jeweiligen Einheit archiviert worden. Man hat nicht gewusst, welche Aufnahmen es gibt, wo sie sich befinden und ob sie nicht vielleicht schon gelöscht sind“, erinnert sich Lehmann. Den Anlass für die Schaffung einer zentralen Koordination lieferten von der Polizei gefilmte schwere Ausschreitungen, zu denen es im Zuge von Kundgebungen und Gegendemonstrationen von Kurden bzw.

Türken von 25. bis 27. Juni 2020 in Favoriten kam.

**Probetrieb.** Noch länger liegt die Einführung von *BeSi*-Teams als Ergänzung zur *BeDo* zurück. Erstmals kam die *BeSi* im Jahr 2015 probeweise zum Einsatz. Damals fand von 27. Mai bis 15. Juni die *Bilderberg-Konferenz* in Telfs in Tirol statt; die Kundgebungen dagegen verliefen friedlich. Am 7. und 8. Juni 2015 wurde im Schloss Elmau im benachbarten Bayern das *G7-Treffen* abgehalten, bei dem das EKO Cobra die bayerische Polizei unterstützte.

„Im Unterschied zur *BeDo* ist die *BeSi* in eine geschlossene Einheit –

bestehen aus zwei Beamten in Zivil, die direkt dem Abschnitts- oder Einsatzkommandanten unterstellt sind. Kommt es etwa zu Angriffen von Demonstranten oder zu einem Platzsturm bei einem Fußballmatch, zieht sich die nicht durch eine Ausrüstung geschützte *BeDo* zurück, während die *BeSi* das Geschehen auf Video festhält.

*BeSi* und *BeDo* haben die gleiche Kameraausrüstung: eine *Lumix GH5* von *Panasonic*, mit der Videoaufnahmen in 4k-Qualität angefertigt werden können – also in hoher Auflösung. In der Regel befestigt man die Kamera auf einem Teleskopstativ, um von oben filmen zu können. Die Speicherkarte

„Die Kamera wirkt auf potenzielle Täter abschreckend.“

WEGA, Bereitschaftseinheit oder Einsetzungseinheit – eingebunden. Ein *BeSi*-Team setzt sich aus einem Kommandanten, Bedecker, Videograf und Lenker zusammen, alle in voller Ausrüstung“, erklärt Lehmann. *BeDo*-Teams

samt einer Szenenaufstellung wird nach Ende des Einsatzes in einem beschrifteten Kuvert bei der Wiener *BeSi*- und *BeDo*-Koordination abgegeben. Das gilt auch für die SD-Karten der *BeSi*-Teams, die in Wien eingesetzt



Marijana Kaldrdmžić: „Man entwickelt ein Gespür dafür, ob etwas Relevantes aufgenommen worden ist.“

ten Einheiten aus anderen Bundesländern angehören.

**Erstsichtung.** Nach dem Einsatz beginnt für Lehmann, Kaldrdmžić und Bezirksinspektor Roland Exenberger, die Arbeit. „Wir sichten das Material“, schildert Lehmann. „Wir notieren handschriftlich Speicherkartenummer, Dateinummer sowie Anzahl der Fotos und Videos und beschreiben mit Angabe der Laufzeit kurz, was in jeder Szene zu sehen ist. Allein diese Erstsichtung kann Tage dauern, manchmal auch Wochen.“ Kein Wunder, denn wenn etwa ein Wurfgeschöß im Bild auftaucht, spielt der Betrachter die Szene langsam rückwärts ab, um den Werfer ausfindig zu machen.

„Damit einem nichts Wichtiges entgeht, muss man beim Anschauen der Videos durchgehend konzentriert sein, und das oft stundenlang“, erläutert Kaldrdmžić. „Man entwickelt ein Ge-

spür dafür, ob etwas Relevantes aufgenommen worden ist.“ Es erleichtere das Sichten, wenn man als Mitglied eines *BeSi*- oder *BeDo*-Teams vor Ort war. Einen Überblick über das Geschehen erhält man durch die zusätzliche Auswertung der Aufnahmen von Polizeihubschraubern und -drohnen.

Nachdem das gesamte Material gesichtet worden ist, fassen Lehmann und seine Kollegen in einem Schreiben zusammen, wie viele *BeSi*- und *BeDo*-Teams im Einsatz waren, wie viele Videos und Fotos gemacht worden sind und welche Vorkommnisse es gegeben hat. Dieses Schreiben geht an die Einsatzleitung, die Einsatzabschnittskommandanten, das Büro für Öffentlichkeitsarbeit, involvierte Polizeikommissariate und, falls erforderlich, an das *Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung* sowie das Referat *Besondere Ermittlungen*.

Innerhalb einer Frist können die je-

weiligen Sachbearbeiter der *BeSi*- und *BeDo*-Koordination Strafakte zuschicken und Aufnahmen anfordern. Diese werden als ungeschnittene Kopie auf einem USB-Stick zur Verfügung gestellt. „Die SD-Karte mit der Originalaufnahme bleibt bei uns und wird in Evidenz gehalten, bis das Verfahren abgeschlossen ist. Erst dann löschen wir das Video“, sagt Lehmann. Nicht benötigte Aufnahmen werden umgehend fristgerecht gelöscht. Allein von 1. Jänner bis 11. März 2021 nahmen *BeSi*-Teams 1.071 Videos auf. Zu diesen gab es 120 Anfragen von verschiedenen Bedarfsträgern. In etwa der Hälfte aller Videos sind strafrechtlich relevante Handlungen zu sehen.

**Corona-Krise.** Die bisher umfangreichste Sammlung an Videos gibt es zur Demonstration gegen Anti-Corona-Maßnahmen am 31. Jänner 2021. An dieser nahmen rund 10.000 Personen teil. Rund 850 Anzeigen wurden nach dem Covid-19-Maßnahmengesetz erstattet, außerdem kam es zu einigen Festnahmen, unter anderem wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Vier Polizisten wurden verletzt. „Bei der Demonstration waren zwei *BeDo*- und 18 *BeSi*-Teams im Einsatz, einige davon aus anderen Bundesländern. Zum Sichten der 310 Videos haben wir knapp zwei Wochen gebraucht“, erzählt Lehmann.

Zwei *BeSi*-Teams der *WEGA* filmten am 26. April 2021, als ein leerstehendes Haus am Rathausplatz besetzt wurde. An der Fassade waren Transparente angebracht, mit der Aufschrift „Refugees welcome“ und „Ob geflüchtet oder wohnungslos, wir haben Platz, die Stadt ist groß“. „Auf 60 kürzeren Videos und Fotos hat die *WEGA* ihre Maßnahmen dokumentiert, wie die Öffnung von verbarriadierten Wohnungstüren“, sagt Kaldrdmžić. Im Unterschied zu früheren Hausbesetzungen kam es weder zu Widerständen gegen die Staatsgewalt noch zu Körperverletzungen.

Am 8. Mai 2021 hatten die rechtsra-

dikalen „Identitären“ einen Gedenkmarsch „für eine 54-jährige Frau“ angemeldet, die 2016 am Brunnenmarkt von einem psychisch kranken vorbestraften Mann mit einer Eisenstange erschlagen worden war. Da der Gedenkmarsch einen fremdenfeindlichen Hintergrund hatte, versuchte die *Antifa*, den Marsch zu verhindern, gelangte aber aufgrund großräumiger Absperungen der Polizei nicht in die Nähe der *Identitären*. Die *Antifa*-Gegendemonstranten verübten mehrere Straftaten wie Sachbeschädigungen, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung. Ein Polizist erlitt eine Brandverletzung durch einen pyrotechnischen Gegenstand. Die Erstsichtung der 34 Videos und 13 Fotos von einem *BeDo*-Team sowie von vier *BeSi*-Teams von *WEGA* und Einsatzeinheit dauerte aufgrund der zahlreichen aufgezeichneten Delikte eine Woche.

**Im Schussfeld.** Bei Demonstrationen wie dieser, bei denen die Polizei als Feindbild angesehen und direkt angegriffen wird, geraten auch Mitglieder der *BeSi*-Teams im wahrsten Sinn des Wortes ins „Schussfeld“. „Man steht mit der Einsatzeinheit in einer Sperrkette und wird mit Flaschen beworfen“, beschreibt Kaldrmđzić. Dann heißt es, ruhig und konzentriert zu bleiben, um mit der Kamera die wesentlichen Ereignisse zu erfassen.

„Man sollte Interesse für die Tätigkeit haben, selbstständig und genau arbeiten können. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich“, nennt Lehmann die Voraussetzungen, um als Angehöriger von *WEGA*, Bereitschaftseinheit oder Einsatzeinheit die Zusatzausbildung zum „Beweissicherer“ machen zu können. Bei dem eine Woche dauernden Kurs übt man den Umgang mit der Kamera, weitere Themen sind Eigensicherung und rechtliche Grundlagen. Wenn die Aufgabe reizt, Einsätze als Mitglied eines *BeSi*-Teams zu dokumentieren, hat gute Chancen: Derzeit werden in Wien Beweissicherer gesucht. R. P.

# Koordinieren, dokumentieren, aufarbeiten

Festnahmen bei Großereignissen erfordern eigene Abläufe und besondere Logistik. Spezielle Festnahmekontingente der LPD Wien sorgen dabei für einen reibungslosen Ablauf.

Insgesamt 14 Festnahmen am Samstagmittag des 10. April 2021 waren das Resultat einer Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung in Wien. Die Teilnehmer der von der Landespolizeidirektion Wien im Vorfeld untersagten Veranstaltung hatten sich mittags im Schweizergarten beim Wiener Hauptbahnhof versammelt. Später kam es zu Zusammenstößen mit Polizeikräften, die bei versuchten Angriffen auf Straßensperren auch Pfefferspray einsetzen mussten. Begonnen hatte die von den Organisatoren als „Mutter aller Demos“ angekündigte Kundgebung friedlich. Martin Rutter, ein bekannter Aktivist und Gegner der Corona-Maßnahmen, forderte gemeinsam mit Gleichgesinnten unter dem Motto „Der Park ruft“ die Bevölkerung dazu auf, zahlreich und mit Kindern auf die Straße zu gehen, „um das schöne Wetter zu genießen“. Unter den rund 3.000 Teilnehmern der Kundgebung befanden sich jedoch kaum Kinder. Vielmehr nutzten politische Gegner der türkis-grünen Bun-

desregierung die Versammlung als ihre Bühne – *Identitäre*, Anhänger von Verschwörungsmaythen und der „QAnon“. Dazu kamen zahlreiche Personen in „Thor-Steinar-Outfits“, einem Erkennungsmerkmal der rechtsextremen Szene. Reden gab es keine, hauptsächlich wurde Alkohol konsumiert und laute Musik gehört. Kräfte des *Großen Sicherheitspolizeilichen Ordnungsdienstes (GSOD)* hatten die Straßen

nehmer umfassenden Gegendemonstration von antifaschistischen Gruppen zu verhindern. Nachdem die Demonstranten die Beamten mit Bierdosen beworfen hatten und die Sperre durchbrechen wollten, wurde erneut Pfefferspray eingesetzt und die Demo aufgelöst. Das hinderte die Demonstranten nicht, bei einer weiteren Straßensperre beim Belvedere durchbrechen zu wollen. Dazu wurden Seile mit Karabinern

*„Delfin 500“ arbeitet Festnahmen zentral auf und übernimmt die Transportlogistik für Häftlinge.*

rund um den Schweizergarten bis zum Hauptbahnhof abgesperrt. Vereinzelt wurden schon im Park Anzeigen ausgesprochen, nachdem Teilnehmer Polizistinnen und Polizisten angepöbeln hatten. Ein Teil der Demo-Teilnehmer zog später zum Landstraßer Gürtel, wo es beim Versuch des Durchbrechens einer Sperre zum Zusammenstoß mit der Polizei kam. Die Einsatzkräfte hatten die schwierige Aufgabe, ein Aufeinandertreffen mit einer rund 1.000 Teil-

verwendet, mit denen die Tretgittersperren aus der Verankerung gehoben wurden. Erst am späten Nachmittag löste sich die Demo nach und nach auf.

**Besondere Ereignisse** erfordern besondere Vorkehrungen. Freiheitsbeschränkende Maßnahmen bei Großereignissen wie Demonstrationen, Fußballspielen oder Festivals unterscheiden sich von Festnahmen im Streifendienst und erfordern eine andere Her-



Die Bearbeitung von Festnahmen ist arbeits- und zeitintensiv, die rechtlichen Rahmenbedingungen erfordern die penible Dokumentation jeder Maßnahme, die in Zusammenhang mit der Freiheitsentziehung steht.

angehensweise. Der wesentliche Unterschied liegt darin, dass bei Großereignissen ein eigenes Festnahmekontingent mit dem Rufnamen *Delfin 500* Festnahmen zentral aufarbeitet, administriert und die Transportlogistik für Häftlinge in ein Polizeianhaltezentrum oder eine Justizanstalt übernimmt. „Die kleinste taktische Einheit im *GSOD* ist die Gruppe, die sechs Beamte umfasst“, erläutert Oberstleutnant Rudolf Haas von der Einsatzabteilung der LPD Wien. „Kommt es zu einer Festnahme, und würde die taktische Gruppe diese selbst aufarbeiten, wäre die gesamte Gruppe blockiert. Bei mehreren Festnahmen wären daher mehrere Gruppen durch die Administration gebunden, was wiederum die Einsatzfähigkeit einer geschlossenen Einheit, beispielsweise einer ganzen Kompanie, zwischenzeitlich herabsetzen würde. Ein nicht unerheblicher Ri-

sikofaktor, speziell wenn es sich um Kundgebungen oder Fußballturniere mit Gewaltpotenzial handelt.“

„**Wesentliches Ziel** der Einführung der *Delfin-500*-Kontingente war es, die im *GSOD* arbeitenden Polizistinnen und Polizisten von Dokumentationsstätigkeiten weitgehend zu entbinden, damit sie so rasch wie möglich wieder ihren Einsatz aufnehmen können“, erklärt Oberstleutnant Andrea Anders. Die Bearbeitung von Festnahmen sei arbeits- und zeitintensiv, die rechtlichen Rahmenbedingungen erfordern die penible Dokumentation jeder Maßnahme, die in Zusammenhang mit der Freiheitsentziehung steht. „Die *Delfin-500*-Einheiten nehmen Kontakt mit dem Zentraljournaldienst in der LPD Wien auf, koordinieren den Abtransport der Häftlinge und dokumentieren die Amtshandlung, die mit der

Festnahme im Zusammenhang steht, mit einem speziellen Formular“, betont Andrea Anders.

„Sollte bei einer Festnahme die Anwendung von Körperkraft oder der Einsatz einer Dienstwaffe notwendig sein, muss das – etwa nach dem Waffengebrauchsgesetz – mit einer separaten Meldung begründet und dokumentiert werden“, sagt Haas. Im täglichen Streifendienst müssen die einschreitenden Polizisten jede Festnahme selbst dokumentieren, eine Verfügung des diensthabenden Polizeijuristen einholen, den Arrestantenwagen verständigen und den Häftlingstransport in eine Justizanstalt oder in ein Polizeianhaltezentrum begleiten.“

**Entstehung von „Delfin 500“.** Bei der Planung für die Europameisterschaft 2008 in Österreich wurde 2007, durch die Einsatzabteilung der Lan-



Rudolf Haas: „Grundsätzlich befindet sich das Delfin-500-Kontingent in unmittelbarer Nähe des Aktionsraums.“

despolizeidirektion Wien ein eigenes Kontingent eingerichtet. Es sollte im Rahmen der GSOD-Einsätze Identitätsfeststellungen sowie straf- und verwaltungsrechtliche Festnahmen gewaltbereiter Fans bearbeiten. „Das Ziel war, die Kräfte der Einsatzeinheiten und Ordnungsdienstseinheiten beweglich zu halten, nicht längerfristig zu binden sowie aufgabenbezogen und zweckorientiert einzusetzen“, erklärt Oberstleutnant Haas die Beweggründe, die zur Einführung der *Delfin-500*-Gruppen führten.

Das Festnahme- und Aufarbeitungskontingent ist eine temporäre Organisationseinheit der LPD Wien. Das Kontingent könnte österreichweit zum Einsatz kommen, wenn das BMI eine Anordnung trifft. Die Einheit wird bei Bedarf bei halbfriedlichen oder unfriedlichen Anlässen einberufen, in den Einsatz eingegliedert und einem Einsatzabschnittskommandanten unterstellt.

Die Einsatzfähigkeit  
der geschlossenen  
Einheit gewährleisten

Bis heute hat sich das Aufgabenspektrum der *Delfin-500*-Einheiten erheblich erweitert. Zu den Aufgaben der *Delfin-500*-Kräfte zählen die Übernahme und Dokumentation von Festnahmen und Massenfestnahmen nach der Strafprozessordnung (StPO) und dem Verwaltungsstrafgesetz (VStG), Identitätsfeststellungen nach dem Sicherheitspolizeigesetz (SPG), dem Verwaltungsstrafgesetz und der Strafprozessordnung, die Einhebung einer vorläufigen Sicherheit (§ 37a VStG), Wegweisungen und Betretungsverbote bei Sportgroßveranstaltungen (§ 49a SPG), Wegweisungen bei Platzverboten (§ 36 SPG) oder Sicherstellungen samt Anzeigeerstattung – wenn beispielsweise Fußballfans verbotene pyrotechnische Gegenstände abgenommen werden. Wird beispielsweise bei einer Demo gegen die Corona-Maßnahmen durch einen Exekutivbediensteten eine Festnahme ausgesprochen, erfolgt über Funk,

durch den Gruppen- Zugs- oder Kompaniekommandanten, die Anforderung eines *Delfin-500*-Kontingents. „Grundsätzlich befindet sich das *Delfin-500*-Kontingent in unmittelbarer Nähe des Aktionsraums“, sagt Haas. „Damit ist gewährleistet, dass der Festnahmetrupp zügig an den Ort der Festnahme verlegen kann. Die Durchsuchung und Beobachtung der angehaltenen Person hat durch den festnehmenden Beamten bis zur Sachverhaltsklärung bzw. Übernahme der Amtshandlung durch das Festnahmekontingent selbst zu erfolgen.“ Die Ausfertigung des „Vario-Formulars“ sowie die Dokumentation der Festnahme erfolge durch einen Beamten des *Delfin-500*-Kontingents, nachdem der festnehmende Polizist den Sachverhalt geschildert hat, der zur Festnahme geführt hat. Zeitgleich wird ein Arrestantenwagen angefordert und an den Einsatzort entsendet.

Der dienstführende Beamte des Festnahmekontingents hat in weiterer Folge die Aufgabe, mit dem rechtskundigen Dienst der LPD in Verbindung zu treten und eine Verfügung zur Abgabe in den Arrest einzuholen. Wurde eine Verfügung getroffen, wird der Festgenommene entweder in ein Polizeianhaltezentrum eingeliefert oder auf freiem Fuß angezeigt. „Zur Dokumentation der Maßnahmen rücken die *Delfin-500*-Kontingente nicht in den Stützpunkt ein, sie verbleiben vor Ort und verfassen die Anzeigen und Meldungen auf mobilen BAKS-Geräten im Fahrzeug. „Damit erreichen wir die durchgehende Einsatzbereitschaft des Kontingents in unmittelbarer Nähe des Aktionsraums“, schildert Rudolf Haas.

**Corona-Pandemie.** Die Corona-Krise und die damit verbundenen Demonstrationen haben eine neue Ära im großen sicherheitspolizeilichen Ordnungsdienst eingeläutet. „Wir haben uns an viele neue Gegebenheiten anpassen müssen“, erläutert Haas. „Das hat neue Arbeitsabläufe und Formulare hervorgebracht, beispielsweise zur Identitätsfeststellung oder zur Erfas-

sung von Anzeigen.“ Um Festnahmen effizient und zentral aufarbeiten zu können, wurde für derartige Großkommandierungen eine eigene Schreibstelle im Zentraljournaldienst der LPD eingerichtet, die sämtlichen Protokollierungen übernommen hat. „Die große Zahl an Festnahmen bei den Corona-Demos hat uns vor neue Herausforderungen gestellt.“ Flexibilität und Effizienz bei der Aufarbeitung von Festnahmen seien das Gebot der Stunde gewesen, um die Festnahmekontingente an einem Ort so kurz wie möglich zu binden und die Kolleginnen und Kollegen im GSOD zu unterstützen und zu entlasten.

Eine weitere Herausforderung sei es gewesen, dass Verwaltungsfestnahmen bei Verstößen gegen das Covid-19-Maßnahmegesetz und die daraus resultierenden Verordnungen – nicht der LPD Wien vorzuführen waren, sondern der örtlich zuständigen Gesundheitsbehörde, dem Magistrat der Stadt Wien. „Der Magistrat hat weder über die nötigen Kapazitäten verfügt, noch über die Erfahrung mit Festnahmen“, sagt Oberstleutnant Haas. Durch einen gemeinsamen Schulterchluss der LPD Wien und dem Magistrat der Stadt Wien sei aber auch diese Hürde genommen und eine gemeinsame Lösung für die rechts- und zuständigkeitskonforme Aufarbeitung sogenannter Covid-19-Festnahmen gefunden worden.

**Einsatzabschnitt Haft/Tatort.** „Je nach Größe des Ereignisses, egal ob Fußballmatch oder Demonstration, bildet das Landeskriminalamt Wien einen eigenen Einsatzabschnitt Haft/Tatort, über Weisung der Einsatzabteilung in der LPD“, erklärt Oberstleutnant Dietmar Berger, BA MA, stellvertretender Leiter des Ermittlungsdienstes im LKA-Wien. „Werden Kräfte des LKAs kommandiert, ist eine der ersten Fragen, die wir uns zu stellen haben, wie viele Beamte für die Häftlingsbearbeitung benötigt werden und wie viele Tatortbeamte für den Einsatz. Die



Dietmar Berger: „Das LKA bearbeitet ausschließlich Festnahmen nach der Strafprozessordnung.“

Anzahl der kommandierten Kräfte beruht auf den Gefährdungseinschätzungen bzw. auf den Erfahrungen, die bei der Evaluierung vorangegangener Einsätze gemacht worden sind. Das LKA bearbeitet ausschließlich Festnahmen nach der StPO.“

Oberstleutnant Berger erinnert sich an den Einsatz vom 3. Juni 2011, das Länderspiel Österreich gegen Deutschland, wo 207 Personen nach der Strafprozessordnung festgenommen wurden. „Natürlich sind derartige Massenfestnahmen eine Herausforderung – man denke allein an gesetzliche Fristen, die bei jeder einzelnen Festnahme einzuhalten sind“, gibt Berger zu bedenken. „Auch wenn schnell gearbeitet werden muss, darf die Qualität der kriminalpolizeilichen Arbeit und Ermittlung nicht darunter leiden – ein schwieriger Spagat.“ Insbesondere bei Demonstrationen mit politischem Hintergrund seien Festge-

Große Zahlen von Festnahmen sind eine Herausforderung

nommene wenig kooperativ. Manche verweigern sämtliche Angaben, auch zur Identität. Derartige Festnahmen führen häufig auch zu Folgedemonstrationen von Anhängern oder Sympathisanten der Festgenommenen, beispielsweise vor den Polizeianhaltezentren.

Nicht selten äußern Festgenommene gegenüber den LKA-Ermittlern Misshandlungen, die ihnen bei der Festnahme wiederfahren sein sollen. Derartige Vorwürfe müssen dem Referat für besondere Ermittlungen (RBE) angezeigt werden.

„Zwischen der Festnahme und dem Beginn der Vernehmungen durch den Unterabschnitt Häftlingsbearbeitung vergehen oft einige Stunden, da bei jeder Festnahme ein vorgegebenes Procedere durchlaufen werden muss“, erläutert Berger. „Dazu zählen die Überstellung, Aufnahme im PAZ mit erkennungsdienstlicher Behandlung und die amtsärztliche Untersuchung.“

Wenn der Festgenommene einen Rechtsbeistand oder eine Vertrauensperson verlange, führe dies zu weiteren Verzögerungen. Wenn der GSOD-Einsatz oft schon beendet wurde, sind die Einvernahmen und Erhebungen der LKA-Ermittler zumeist in vollem Gange. Diese Arbeit dauert nicht selten bis in die Morgenstunden des darauffolgenden Tages oder darüber hinaus an.“

**Informationen sammeln, Beweise sichern.** In jenen Fällen, in denen eine festgenommene Person einen Polizeibediensteten verletzt hat, versuchen die Ermittler diesen schnellstmöglich amtsärztlich untersuchen zu lassen und als Zeugen zu befragen. „Darüber hinaus versuchen wir, weitere Zeugen auszuforschen und zu befragen“, sagt Berger. „Es gilt auch abzuwarten, ob Beweise durch den Unterabschnitt Tatort gesichert werden konnten, beispielsweise Bilder oder Videos. Erst nachdem so viele Informationen wie möglich gesammelt wurden – was bei einer dynamischen Situation wie einer Demo eine besondere Herausforderung darstellt –, wird der Festgenommene von einem Bearbeitungsteam zur Einvernahme vom Polizeianhaltezentrum in die Räumlichkeiten des Ermittlungs-



Andrea Anders: „Die GSOD-Kräfte sollen von der Dokumentationsarbeit entbunden werden.“

dienstes gebracht.“ Bei jeder Festnahme nach der Strafprozessordnung wird nach Abschluss aller erforderlichen polizeilichen Schritte die Staatsanwaltschaft verständigt und eine Verfügung eingeholt.

„Menschen, die bei Großereignissen festgenommen werden, sind selten kooperativ, was das Aufnahmeverfahren im Anhaltezentrum erschwert und zusätzliches Personal erfordert“, sagt

Major Roland Frühwirth, BA, Leiter der Polizeianhaltezentren in Wien. „Das erschwert die Anfertigung von Fotos, die Zugangsvisite und die rechtlichen Belehrungen und Informationen, die jedem Festgenommenen in einer verständlichen Sprache zur Kenntnis gebracht werden müssen. Neben den Solidaritätsbekunden vor dem PAZ, durch Sympathisanten der Festgenommenen, sehen wir uns häufig mit nachträglichen Beschwerden wegen angeblich verweigerter Rechte, beispielsweise einem Telefonat, konfrontiert.“

„Jeder Häftling erhält bei der Aufnahme eine Anti-Corona-Maske, die er oder sie während des Aufnahmeverfahrens tragen muss“, erklärt Frühwirth. „Personen, die im Zusammenhang mit dem Verstoß gegen Covid-19-Auflagen festgenommen worden sind, verweigern naturgemäß das Tragen einer Maske, auch innerhalb des PAZs. Handhabe dagegen gibt es faktisch keine.“

Durch die Covid-19-Schutzmaßnahmen wurde die Arrestantenlogistik vor neue Herausforderungen gestellt, insbesondere in puncto Raum und Personal. So sind Neuzugänge in eigenen Quarantänezellen für die Dauer von derzeit zehn Tagen unterzubringen – der Kontakt mit anderen Häftlingen muss während dieser Zeit unterbunden werden. In der Praxis heißt das separate Arztbesuche, alleine spazieren zu gehen im Freien, separates Einkaufen in der Trafik und der Kantine, isolierter Empfang von Besuchen etc. Bei einem durchschnittlichen Häftlingsstand von zusammen über 300 Personen in den Anhaltezentren Hernalser Gürtel und Rossauer Lände bedeuten die zusätzlichen gesundheitsbehördlichen Maßnahmen einen enormen administrativen und organisatorischen Aufwand für die Polizei. Durch die strengen Anti-Corona-Maßnahmen und die dadurch restriktiver gewordenen Haftbedingungen, sind auch Aggressionsbereitschaft und Gewaltpotenzial bei den Häftlingen gestiegen. *Gernot Burkert*



Ziel der der Delfin-500-Kontingente ist es, die im GSOD arbeitenden Polizistinnen und Polizisten von Dokumentationstätigkeiten weitgehend zu entbinden, damit sie so rasch wie möglich wieder ihren eigentlichen Einsatz aufnehmen können.

# Kollegen helfen Kollegen

Die Erstversorgung von verletzten Polizisten, die Untersuchung von Häftlingen oder die Vornahme von Corona-Testungen – die Aufgaben der Polizeisanitäter sind umfangreich und im Einsatz wichtig.

**D**ie Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig medizinisch ausgebildetes Personal bei der Polizei ist, um die Resilienz des Wachkörpers und damit die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit sicherstellen zu können – auch während einer Pandemie. Bei den berufsgruppenorientierten Massentestungen im Dezember 2020 mit Covid-19-Antigentests wurden in allen Landespolizeidirektionen sowie in den Zentralstellen des BMI Teststraßen errichtet. Je nach Größe der Teststraße wurden etwa 50 Tests pro Stunde durchgeführt. Für die Massentestungen wurde auf die vorhandenen Polizeisanitäter zurückgegriffen, die sich nach freiwilliger Meldung bereiterklärt haben, bei einer raschen und effizienten Durchführung der Testungen ihre Behörde zu unterstützen. Als Folge der Corona-Pandemie wurde das Sanitätergesetz dahingehend geändert, dass auch Rettungs- und Notfallsanitäter gesetzlich ermächtigt sind, Nasen-Rachenabstriche durchzuführen.

Die Arbeit der Polizeisanitäter stellt eine polizeiinterne Sonderverwendung dar, die im Rahmen des *Großen Sicherheits- und Ordnungsdienstes (GSOD)*, beim *Polizeiärztlichen Dienst*, in Polizeianhaltezentren sowie beim *Einsatzkommando Cobra (DSE)* und der *WEGA* Verwendung findet. Um Polizeisanitäter zu werden, ist die Ausbildung zum Rettungssanitäter Voraussetzung. Eine Weiterbildung zum Notfallsanitäter, mit oder ohne Notfallkompetenzen (NKA, NKV, NKI), ist erwünscht und stellt einen Mehrwert für den Arbeitgeber dar, wie auch für die betroffenen Polizistinnen und Polizisten selbst.

## **Ausbildung vorwiegend in Freizeit.**

Vom Großteil der Polizeisanitäter wurde die Ausbildung in der Freizeit absolviert und das damit einhergehende zusätzliche Wissen der Behörde zur Verfügung gestellt. Um die Tätigkeitsberechtigung aufrecht zu erhalten, sind gemäß Sanitätergesetz innerhalb von zwei Jahren 16 Fortbildungsstunden und eine Rezertifizierung (Abnahme

der fachgerechten Reanimation durch einen befugten Arzt) vorgesehen.

Polizeisanitäter im Einsatz trifft nicht nur die Verpflichtung, nach den Gesetzen und polizeilicher Dienstvorschriften einzuschreiten – ebenso müssen die Beamten nach den Pflichten für den Sanitätsdienst handeln.

Der Terroranschlag vom 2. November 2020 hat gezeigt, wie wichtig schnelle medizinische Hilfe ist und wie schnell Ersthelfer oder Sanitäter in Lebensgefahr geraten können. Bei Amokläufen oder anderen Anschlägen ist die Arbeit von zivilen Rettungskräften und Sanitätern als „First Responder“ ohne taktische polizeiliche oder militärische Zusatzausbildung mit erheblichen Gefahren verbunden. „In derartigen Situationen ist nicht nur medizinisches Know-how erforderlich, sondern auch eine Ausbildung in taktischer Vorgehensweise“, erläutert Chefinspektor Thomas Haidegger, Kommandant der Polizeiinspektion Zohmannsgasse. In besonders gefährlichen Situationen, in denen zivile Rettungskräfte aufgrund der Bedrohungslage



Um Polizeisanitäter zu werden, ist die Ausbildung zum Rettungssanitäter Voraussetzung.

nicht sofort Hilfe leisten können, ist es umso wichtiger, dass gut ausgebildete Polizistinnen und Polizisten in der Lage sind, rasch und effektiv Erste Hilfe zu leisten – damit die Rettungskette nicht unterbrochen wird.

**San Trupp für den GSOD.** Für die Versorgung verletzter Polizistinnen und Polizisten bei Großveranstaltungen, Fußballspielen oder Demonstrationen steht ein polizeiinterner „San-Trupp“ zur Verfügung. Die 18 Polizistinnen und Polizisten des San-Trupps der LPD Wien sind ausgebildete Rettungs- bzw. Notfallsanitäter. Sie alle arbeiten zusätzlich und ehrenamtlich bei Rettungsorganisationen. „Der Unterschied zwischen einem Polizei-Ersthelfer und einem Sanitäter des San-Trupps besteht darin, dass der Ersthelfer in seinem Verband, sprich gemeinsam mit seiner Einheit, agiert. Die Sa-

nitäter des San-Trupps gehören keinem Verband an, beispielsweise einer Kompanie oder einem Zug. Sie arbeiten unabhängig“, erklärt Haidegger. „In Wien müssen die Sanitäter des San-Trupps eine Grundausbildung in taktischer Medizin absolvieren und in ihrer Freizeit bei einer Rettungsorganisation arbeiten. Mir sind die Erfahrung und der Umgang mit Patienten und dem Equipment sehr wichtig.“ Der in taktischer Medizin ausgebildete Polizist ist Landessanitätskoordinator

stellvertretender Leiter des Roten Kreuzes in Schwechat. „Unsere Aufgaben sind vielseitig. Der San-Trupp wird anlassbezogen bei Demos, Fußballspielen oder anderen Großereignissen einberufen“, schildert der Chefinspektor. „Wir kommen aber auch bei internen Veranstaltungen wie beispielweise bei Ausmusterungen oder Begräbnissen zum Einsatz.“

**Mehr Sicherheit durch rasche Hilfe.** „Ich erinnere mich noch gut an meinen

*Die Kundgebungen des vergangenen Jahres waren durch ein besonderes Gewaltpotenzial gekennzeichnet.*

für Wien und somit auch Leiter des San-Trupps für den GSOD. Darüber hinaus arbeitet Haidegger seit 35 Jahren als freiwilliger Notfallsanitäter für das *Rote Kreuz*, seit acht Jahren ist er

ersten Einsatz mit dem San-Trupp zurück“, erzählt Haidegger. „Es war der Akademikerball 2017: Ein Kollege der Landesverkehrsabteilung ist mit seinem Motorrad gestürzt und hat ei-



Thomas Haidegger: „Mir sind die Erfahrung und der Umgang mit Patienten und dem Equipment sehr wichtig.“

nen offenen Unterschenkelbruch erlitten. Wir haben davon über Funk gehört und sind sofort zugefahren. Das Bein ist von uns geschient worden und wir haben den Polizisten vor einer Unterkühlung bewahrt. Als die Rettung am Unfallort eingetroffen ist, hat der Kollege ohne Verzögerung in den Rettungswagen und umgehend in ein Spital gebracht werden können – dank der professionellen Ersten Hilfe, die durch mein Team im Vorfeld geleistet worden ist.“ Ausgebildete Polizeisanitäter versehen regulären Streifendienst und fahren zu Einsätzen, beispielsweise Verkehrsunfällen mit Verletzten. Der Vorteil ist, dass die gut ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen sofort professionelle Hilfe leisten können – häufig, noch bevor die zivilen Rettungskräfte eintreffen.

Die Kundgebungen des vergangenen Jahres waren durch ein besonderes Gewaltpotenzial gekennzeichnet. Die Aggressionen der Teilnehmer richteten sich häufig gegen Polizistinnen und Polizisten. „Das Gegenüber, mit dem wir uns konfrontiert gesehen haben, hat nicht nur die Corona-Politik abgelehnt, sondern auch jegliche Abstands-

und Hygienemaßnahmen – eine zusätzliche gesundheitliche Gefährdung, Belastung und Herausforderung für die im Einsatz stehenden Beamten“, erklärt Bezirksinspektor Christoph Bozek-Leitgeb. Der WEGA-Beamte ist Notfallsanitäter und verfügt über Notfallkompetenzen wie Arzneimittelgabe, Verabreichung von Infusionen und das Legen eines Venenzugangs. Seit 2018 leitet er das taktische Sanitätskonzept bei der WEGA. Angesichts der neuen Entwicklungen hält er es für besonders wichtig, „dass wir in den eigenen Reihen gut ausgebildete Kolleginnen und Kollegen haben, die während eines Einsatzes rasche und professionelle medizinische Hilfe leisten können“.

**Erste Anlaufstelle.** Bereits vor Ausbruch der Corona-Pandemie sind die Einsatzsanitäter der WEGA die erste Anlaufstelle für ihre Einheit in gesundheitliche Angelegenheiten, noch bevor ärztliche Hilfe konsultiert wurde. „Die Sanitäter in unserer Abteilung genießen aufgrund ihrer Erfahrung, der guten Ausbildung und da sie mit der Mannschaft bestens vernetzt sind

großes Vertrauen“, sagt Bozek-Leitgeb. „Auch während der Corona-Pandemie haben die Kollegen auf dieses Wissen und Vertrauen gebaut – wenn es um Hygienekonzepte gegangen ist, um Fragen zur Infektiologie oder zu den Testmodalitäten. Infektiöse Kollegen haben wir durch regelmäßige Corona-Testungen rechtzeitig herausfiltern können und so eine Cluster-Bildung verhindert, die eine Abteilung im schlimmsten Fall zum Erliegen bringen kann.“

Unter den Spezialisten der WEGA befinden sich derzeit 19 Einsatzsanitäter. Darüber hinaus sind alle Beamten der Sondereinheit mit dem taktischen Sanitätskonzept vertraut und im Umgang mit lebensrettenden medizinischen Tools geschult. Einsatzsanitäter der WEGA durchlaufen im Basislehrgang eine fast 60-stündige medizinisch-taktische Schulung. „Nach der Basisausbildung können sich diese Kollegen für eine Sonderausbildung zum Einsatzsanitäter bewerben“, sagt Bozek-Leitgeb. Wir bezeichnen diese Funktion als *MEDIC*. Darüber hinaus absolvieren die ausgewählten Beamten eine Grundausbildung, besuchen den Ret-



In der Abteilung für Fremdenpolizei und Anhaltevollzug (AFA) sind derzeit 31 Polizeisanitäterinnen und -sanitäter tätig.

tungssanitäterkurs und müssen sich laufend im Bereich des taktischen Sanitätskonzepts fortbilden.“ Der BMI-Erlass dazu schreibt vor, dass die *ME-DICs* jährlich 76 Stunden Fahrdienstpraxis im Rettungsdienst, 24 Praxisstunden in einem Spital sowie 60 eigenständige oder angeleitete Fortbildungsstunden zu absolvieren und nachzuweisen haben.

**Lebensrettendes Equipment.** Das wichtigste Tool der *WEGA*-Beamten in medizinischen Belangen ist das „Tourniquet“. Es handelt sich dabei um ein Abbinde-System bzw. eine Schlaufe, durch die der Blutfluss in den Venen und Arterien gestaut oder vollständig unterbrochen werden kann. „Trotz Körper-Schutz- und Ausrüstung sind die Extremitäten der im Einsatz befindlichen Kollegen oft weitestgehend ungeschützt“, erklärt der erfahrene *WEGA*-Beamte. „Verletzungen an Extremitäten durch Schuss- oder Stichwaffen sind häufig mit sehr hohem Blutverlust verbunden. Mit dem Tourniquet kann sich ein verletzter Beamte durch Abbinden der betroffenen Gliedmaßen zunächst selbst versorgen. Das hat den

Vorteil, dass in der kritischen Erstphase keine weiteren am Einsatz beteiligten Kräfte gebunden werden.“ Im „San-Mann-Paket“ eines jeden *WEGA*-Beamten befinden sich weitere Blutstillungsmittel wie insbesondere ein vorgefertigter Schnelldruckverband sowie Zellstoff, der mit einem Medikament zur Förderung der Blutgerinnung (Hämostyptikum) getränkt ist.

Bei Verletzungen des Brustkorbs (thorakale Verletzungen), beispielsweise durch einen Messerstich, kommen „Chest-Seals“ zur Anwendung. Die speziellen Klebefolien verhindern ein Eindringen von Luft in den Brustkorb. „Jeder Einsatzsanitäter führt zusätzlich einen Einsatzrucksack mit, um weitere spezielle Maßnahmen wie etwa die Verabreichung von Sauerstoff oder Notfallmedikamenten setzen zu können“, schildert der Bezirksinspektor.

**Medizin und Taktik.** „Unser medizinisches Handeln ist immer in ein polizeilich-taktisches Setting eingebettet“, erläutert Bozek-Leitgeb. „Die medizinische Handlung darf nie singulär betrachtet werden. Der Beamte muss die taktische Lage genau und richtig beur-

teilen und sein bevorstehendes Handeln mit dem Einsatzleiter absprechen. Medizinische Handlungen dürfen den sicherheitspolizeilichen Auftrag niemals gefährden.“ Ein Amok-Schütze beispielweise müsse prioritär festgesetzt werden, noch bevor Verletzte versorgt werden können, damit nicht noch weitere Menschen verletzt oder getötet werden. In Trainings werden die Polizisten nicht nur mit einem Verletzungsmuster, sondern auch immer mit einer taktischen Lage und einem Auftrag konfrontiert.

Als Beispiel für die Anwendung des taktischen Sanitätskonzepts der Polizei schildert Bozek-Leitgeb einen Einsatz aus dem Jahr 2018, wo ein Mann seine Frau mit mehreren Messerstichen schwer verletzt hatte. Der Täter flüchtete in das Stiegenhaus der Asylunterkunft. Für den zivilen Rettungsdienst war die Gefahr zu groß, um zur Verletzten vordringen zu können. „Einsatzkräfte der *WEGA* sind in das Objekt vorgedrungen“, erzählt Bozek-Leitgeb. „Ein Einsatzsanitäter hat mit einem zweiten Kollegen einen sicheren Bereich in der Unterkunft eingerichtet und mit der Versorgung der schwer

verletzten Frau begonnen.“ Währenddessen konnte der Täter durch ein Zugriffsteam gestellt und festgenommen werden. Das Opfer wurde erstversorgt und stabilisiert an die Rettung übergeben.

### Sanitäter in Polizeianhaltezentren.

In der *Abteilung für Fremdenpolizei und Anhaltevollzug (AFA)* sind derzeit 31 Polizeisanitäterinnen und -sanitäter tätig. Das Aufgabenspektrum ist breit gefächert. „Zu unseren Tätigkeiten zählen die Ausgabe von Medikamenten“, erklärt Revierinspektor und Polizeisanitäter Marc Cimpa, „die Bewachung der Angehaltenen im Rahmen der ärztlichen Untersuchung sowie der Schutz des Arztes, die Kontrolle der Ausscheidungen bei Body-Packern, die Ausführung, Begleitung und Bewachung der Häftlinge in öffentliche Krankenanstalten und Gesundheitseinrichtungen, die Beschaffung von medizinischen Geräten, Medikamenten, Sanitätsmaterial und Laborbedarf nach den Vorgaben des BMI oder das Führen der elektronischen Gesundheitsdatei.“ Ebenso unterstützen die speziell geschulten Polizistinnen und Polizisten die Untersuchungen bei Charter-Abschiebungen am Land- oder Luftweg, bei problematischen Überstellungen psychisch auffälliger Häftlinge oder bei der sozialen und medizinischen Betreuung von Substitutions- und Alkoholkranken wie auch bei psychisch kranken Patienten.

Bei Untersuchungen und der medizinischen Betreuung von Angehaltenen arbeiten die Polizeisanitäter der AFA mit den Amtsärzten zusammen. „Wir unterstützen die Ärzte bei Temperatur- und Blutdruckmessung, Gewichtskontrolle, Harn- Stuhluntersuchungen mittels Schnelltestverfahren, Blutentnahme aus den Kapillaren im Rahmen der patientennahen Labordiagnostik oder der Blutabnahme aus der Vene“, sagt Cimpa. In Notfällen sind die Polizeisanitäter dazu verpflichtet, qualifizierte Erste Hilfe im Sinne des Sanitätgesetzes und des Medizini-



Marc Cimpa: „Durch die Zusammenarbeit mit den Amtsärzten erwerben wir Wissen, das weit über die Ausbildungsinhalte hinausgeht“

schen Assistenzberufegesetzes zu leisten.

**Ausbildung und Ausrüstung.** Die Ausbildung zum Rettungssanitäter umfasst 320 Stunden und findet in der Heeressanitätsschule statt. „Nur mit der Ausbildung zum Rettungssanitäter ist eine ständige Verwendung als Sanitäter in der AFA zulässig“, erläutert Cimpa. „Regelmäßig werden Reanimationsübungen durchgeführt, an der jeder Sanitäter mindestens alle zwei Jahre teilnehmen muss. Im Ernstfall wird der Zustand des Patienten durch den diensthabenden Polizeisanitäter soweit wie möglich stabilisiert und psychischer Beistand geleistet.“ Währenddessen werde die Rettung verständigt. Die Zusammenarbeit mit den zivilen Rettungskräften funktioniere „sehr gut“.

Zur Ausrüstung in den Sanitätsstel-

len gehört mitunter ein Notfallrucksack für die Erstversorgung. Da zusätzlich die Erstuntersuchungen der Angehaltenen durchgeführt werden müssen, sind die Sanitätsstellen zusätzlich mit einem EKG ausgestattet, mit einem Blutdruckmessgerät, Blutzuckermessgerät, mit medizinischem Sauerstoff, einem Stethoskop, Drogennachweis, Urinteststreifen, Notfalltrage, Rollstuhl oder einem Hämatokritgerät. „Die Polizeisanitäter im Anhaltevollzug sind in ständiger Verwendung“, sagt Marc Cimpa. „Der Vorteil wird bei den Rezertifizierungen ersichtlich, da die Kolleginnen und Kollegen dauernd mit der Materie befasst sind und durch die Zusammenarbeit mit den Amtsärzten Wissen erwerben, das weit über die Ausbildungsinhalte hinausgeht“. Genau solches Wissen könne im Notfall Leben retten. *Gernot Burkert*

# Polizei – historisch

Das Innenministerium startete ein historisches Forschungsprojekt zur Rolle der Polizei in Österreich in der NS-Zeit unter dem Titel „Brüche und Kontinuitäten 1938 bis 1945“.

Im Frühjahr 2021 gab Innenminister Karl Nehammer den Auftrag, zu einem Forschungsprojekt, bei dem die Geschichte der österreichischen Polizei zwischen 1938 und 1945 aufgearbeitet werden soll. Bislang gibt es zu diesem Thema kaum wissenschaftliche Untersuchungen. Das Forschungsprojekt erstreckt sich inhaltlich über die Zeit vor dem „Anschluss“ Österreichs an das „Dritte Reich“ bis zum Umgang mit dem „Erbe des Nationalsozialismus“ in Österreich nach 1945.

Die Forschungsergebnisse sollen die Grundlagen für eine umfassende Auseinandersetzung mit der Geschichte des Innenministeriums bieten und der (inter-)nationalen Forschergemeinde, sowie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Die Erkenntnisse sollen in die Aus- und Fortbildung einfließen, um bei allen Bediensteten des Ressorts das Bewusstsein für die Verbrechen des Nationalsozialismus zu erhöhen und zu einer konstanten Selbstreflexion anzuregen.

**Forschungsfrage.** In den Tagen und Wochen nach dem „Anschluss“ wurde Österreich in die bestehenden Strukturen des Deutschen Reiches integriert. Dies betraf auch das gesamte Polizeiwesen, das in den Sicherheitsapparat des NS-Regimes eingegliedert und völlig neu organisiert wurde. Politisch unerwünschte österreichische Beamte wurden entfernt. Von Anfang an zielten die Maßnahmen der nationalsozialistischen Führung darauf ab, die polizeilichen Sicherheitskräfte zu einem wirkungsvollen Macht- und Herrschaftsinstrument umzufunktionieren und diese auf Kriegseinsätze vorzubereiten.

Die Polizei unterschied sich in der Zeit des Nationalsozialismus grundlegend von einer rechtsstaatlichen Behörde. Einheiten wie die „Geheime Staatspolizei“ („Gestapo“), Kriminalpolizei („Kripo“), Sicherheitspolizei (gebildet aus „Gestapo“ und „Kripo“), Ordnungspolizei (alle uniformierten Polizeikräfte wie Schutzpolizei und Gendarmerie) oder der Sicherheitsdienst („SD“) agierten als Teil eines

umfassenden Terrorapparates. Neben traditionellen Aufgaben wie der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit übernahm diese sukzessive weitere Aufgaben, die allein den Interessen der nationalsozialistischen Führung dienten und sie zu einem integralen Bestandteil des NS-Terrorregimes machten. Im Forschungsprojekt soll die Rolle österreichischer Polizisten als Opfer und Täter, sowie ihre Verstrickung in die NS-Verbrechen untersucht werden.

**Externe wissenschaftliche Beteiligung.** Um das Thema transparent und wissenschaftlich fundiert aufzuarbeiten wird das Projekt in Zusammenarbeit mit einer wissenschaftlichen Institution durchgeführt. Im August 2021 wurde die Ausschreibung dafür veröffentlicht und im Dezember 2021 wird voraussichtlich der Zuschlag erteilt. Der externe Partner wird das Projekt über die gesamte Laufzeit, bis Ende 2023, begleiten.

Besonderer Wert wird im Projekt auf die Involvierung aller Mitarbeite-



Bei der Tagung des Fachzirkels „Exekutivgeschichte und Traditionspflege“ Anfang Oktober 2021 stand die Mitarbeit am Projekt „Die Polizei in Österreich: Brüche und Kontinuitäten 1938-1945“ im Zentrum des Programms.

rinnen und Mitarbeiter des BMI gelegt. Dem Projektteam ist es ein besonderes Anliegen, allen Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit zur Mitarbeit zu geben. Interessierte können sich unter [polizeigeschichte@bmi.gv.at](mailto:polizeigeschichte@bmi.gv.at) melden. Aufgrund der Medienberichterstattung zum Projekt haben sich bereits einige historisch Interessierte gemeldet, die in weiterer Folge in konkrete Teilprojekte eingebunden werden.

Neben dem Fachzirkel der Abt. I/8 „Exekutivgeschichte und Traditionspflege“, sind unterschiedliche Fachzirkel der Sicherheitsakademie im Bereich der Polizeiausbildung involviert und so konnten intern erste inhaltliche Schwerpunkte gesetzt werden.

Die L1-Büros der LPDs in Österreich haben bereits Aufstellungen zum Bestand an historischen Dokumenten und Informationen zum Thema Nationalsozialismus geliefert. Hier sind in einem weiteren Schritt Kooperationen

mit Archiven geplant, um weiter die vorhandenen Bestände aufzuarbeiten und so der Öffentlichkeit, Wissenschaft

*Das Projekt erstreckt sich vom „Anschluss“ Österreichs an das „Dritte Reich“ bis zum Umgang mit dem „Erbe des Nationalsozialismus“ nach 1945.*

und Forschung zugänglich zu machen.

Besonders wichtig ist die Einbindung der Bundesländer. Kolleginnen und Kollegen der Landespolizeidirektionen sollen ins Projekt einbezogen werden.

Im Rahmen des Projekts ist geplant, eine Wanderausstellung einzurichten, die in jedem Bundesland regional adaptiert wird.

**Tagung des Fachzirkels „Exekutivgeschichte und Traditionspflege“.** Anfang Oktober 2021 tagte der Fachzirkel „Exekutivgeschichte und Traditionspflege“ in Großarl. Dabei stand die Mitarbeit am Projekt „Die Polizei in Österreich: Brüche und Kontinuitäten

1938-1945“ im Zentrum des Programms. In mehreren Arbeitsgruppen (Medien/Öffentlichkeitsarbeit, exeku-

tivhistorische Themen und Quellen, Ausstellungswesen) wurden die Anknüpfungspunkte zum Forschungsprojekt behandelt.

Auch dabei wird auf die Mitarbeit von interessierten Kolleginnen und Kollegen – sowohl des Aktiv- als auch des Ruhestandes – besonderer Wert gelegt.

**Links:**

Historisches Forschungsprojekt ([bmi.gv.at](http://bmi.gv.at))

Forschungsprojekt des Innenministeriums untersucht Rolle der Polizei in der NS-Zeit ([bmi.gv.at](http://bmi.gv.at))

Nehammer: Lückenlose Aufarbeitung der Rolle der Polizei im Nationalsozialismus ([bmi.gv.at](http://bmi.gv.at))

# Pionier der Interpol

Der Wiener Polizeijurist Oskar Dressler war der erste und am längsten dienende Generalsekretär der 1923 gegründeten „Internationalen kriminalpolizeilichen Kommission“, der späteren „Interpol“.

**N**ach dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie in viele unabhängige Staaten verstärkte sich die grenzüberschreitende Kriminalität. Viele Einbrecher, Betrüger, Hochstapler, Schmuggler, Mädchenhändler und andere Kriminelle agierten über Staatsgrenzen hinweg.

Die grenzüberschreitende Polizei-Zusammenarbeit war kaum vorhanden; es gab einige wenige bilaterale Abkommen und die Auslieferung eines Straftäters war eine langwierige und komplizierte Angelegenheit. Im September 1923 lud Wiens Polizeipräsident Johann Schober Polizeichefs aus 20 Staaten zum zweiten internationalen kriminalpolizeilichen Kongress nach Wien ein. 1914 hatte es in Monaco einen Polizeikongress mit dem Ziel einer internationalen Zusammenarbeit gegeben; das Treffen war ohne konkrete Ergebnisse zu Ende gegangen und die geplante Folgekonferenz konnte wegen des Kriegsausbruchs nicht stattfinden. Schwerpunkte des Kongresses 1923 waren die zwischenstaatliche Amtshilfe der Sicherheitsbehörden, die Bekämpfung der internationalen Kriminalität, die Auslieferung und Ausweisung von Verbrechern sowie die Einführung einer internationalen „Verkehrssprache“ der Polizei. Am Schlußtag wurden die Mitglieder der permanenten „Internationalen kriminalpolizeilichen Kommission in Wien – IKPK“ („Commission Internationale de Police Criminelle“) gewählt. Sitz der später Interpol genannt



Polizeijurist Oskar Dressler: Pionier der internationalen kriminalpolizeilichen Zusammenarbeit.

ten Organisation war Wien; erster Präsident der IKPK wurde Gastgeber Schober und erster Sekretär Dr. Oskar Dressler, ein enger Mitarbeiter des Polizeipräsidenten. Dressler sprach fließend Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch. Dazu kamen Sprachkenntnisse in Holländisch, Ungarisch und Tschechisch.

**Oskar Dressler**, geboren am 23. März 1878 in Wien, studierte Rechtswissenschaften an der Universität Wien, wurde im Juli 1902 zum Dr. iur. promoviert und trat am 17. Februar 1902 als Konzeptspraktikant in die Bundespolizeidirektion Wien ein. Er versah Dienst in den Polizeikommissariaten Neubau, Alsergrund und Ottakring. Im Februar 1909 kam er in das neu gegründete Büro für Organisation in das Polizeipräsidium. Ab Mai 1915 war er in der Abteilung für administrative Polizeiangelegenheiten im BMI

tätig. Am 1. Juli 1920 kehrte er in die Polizeidirektion Wien zurück, wo er zunächst stellvertretender Vorstand und nach dem Rücktritt von Dr. Heinrich Dehmal Vorstand des Büros für Organisation wurde. Er wurde auch zum Amtsrevisor der BPD Wien bestellt.

Dressler gliederte die IKPK in die Abteilungen Falschgeld, Daktyloskopie, Passfälschung, illegaler Drogenhandel und Schwerverbrechen. Offizielle Sprache war Französisch, man verständigte sich auch in Deutsch, Englisch und Italienisch. Er war auch verantwortlicher Schriftleiter der Polizeirundschau „Öffentliche Sicherheit“. Dressler gründete im Jänner 1925 die IKPK-Publikation „International Public Safety/Internationale Öffentliche Sicherheit“. Das Magazin erschien zweimal im Monat in deutscher, englischer, französischer, und italienischer Sprache. 1932 wurde mit der Änderung der Interpol-Statuten das Amt des „Generalsekretärs“ geschaffen, das der bisherige Sekretär Dressler übernahm.

## Internationale Verbrecherkartei.

Oskar Dressler entwickelte die internationale Polizei-Zusammenarbeit in mehreren Bereichen weiter. Er richtete die erste internationale kriminalpolizeiliche Informationssammlung ein. Es handelte sich um Verzeichnisse über grenzüberschreitend tätige Kriminelle, ergänzt mit Informationen aus den Interpol-Mitgliedsländern. Steckbriefe und Fotos der wichtigsten, von den IKPK-Mitgliedstaaten gesuchten internationalen Verbrecher wurden in der „In-



Oskar Dresser (links, stehend) mit Teilnehmern der IKPK-Generalversammlung 1924 in Wien.

ternationalen öffentlichen Sicherheit“ veröffentlicht. 1933 umfasste die Karteikartensammlung bereits über 3.200 international agierende Verbrecher, darunter 47 Geldschrankknacker, 210 Räuber, 11 Frauenhändler, 27 Vergewaltiger, 26 Drogenhändler, 52 Wirtschaftsbetrüger, 200 Einbrecher, 10 Bankbetrüger, 86 Falschspieler, 77 Urkundenfälscher, 6 Museums- und Kirchendiebe, 29 Zugräuber, 139 Trickbetrüger, 1.248 Taschendiebe und 13 Heiratsschwindler. Ab 1925 wurden in den Mitgliedsländern nationale Zentralbüros als Schnittstellen zum Generalsekretariat in Wien eingerichtet, 1938 traten die USA der IKPK bei.

**Nach der Machtübernahme** durch die Nationalsozialisten 1938 in Österreich ging die IKPK, die damals 34 Mitglieder hatte, schwierigen Zeiten entgegen. Das Magazin „Internationale Öffentliche Sicherheit“ wurde in „Internationale Kriminalpolizei“ umbenannt.

Dressler, der seine Polizeikarriere als Monarchist begann, in der Ersten Republik übernommen wurde und im

Ständestaat einer der führenden Polizeijuristen war, blieb während NS-Diktatur Generalsekretär der IKPK. Präsident der IKPK wurde der Mitte April 1938 zum Wiener Polizeipräsident ernannte, bereits schwer kranke Nationalsozialist Otto Steinhäusl. Nach Steinhäusl Tod im Juni 1940 bean-

spruchte Himmlers Stellvertreter Reinhard Heydrich im August 1940 das Amt des IKPK-Präsidenten und die IKPK-Zentrale wurde von Wien nach Berlin verlegt – als Abteilung V im Reichssicherheitshauptamt. Gleichzeitig wurde ein „Internationales Büro“ eingerichtet, geleitet von Artur Nebe. Er war seit 1937 Direktor des Reichskriminalpolizeiamts und ab 1941 SS-Gruppenführer. Nachdem Heydrich im September 1942 bei einem Anschlag getötet worden war, wurde Nebe geschäftsführender Präsident der IKPK. Im Jänner 1943 übernahm Dr. Ernst Kaltenbrunner die Leitung des Reichssicherheitshauptamts und damit das

IKPK-Präsidentenamt. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bestand die Kommission weiter, jedoch war ihre Tätigkeit stark eingeschränkt. Dressler veröffentlichte 1943 in Berlin ein Buch über „Die Internationale Kriminalpolizeiliche Kommission und ihr Werk“. Noch 1944 schickten einige Interpol-

#### *Oskar Dressler richtete die erste internationale kriminalpolizeiliche Informationssammlung ein*

Mitgliedsländer Informationen an die IKPK-Zentrale nach Berlin, darunter die Schweiz. 1945 kam die Tätigkeit der Kommission zum Erliegen. Am 20. Februar 1945 erschien die letzte Ausgabe der von Oskar Dressler redigierten „Internationalen Kriminalpolizei“. Nach Kriegsende 1945 kehrte Oskar Dressler nach Wien zurück.

**Die neue Interpol.** Bei einer Konferenz in Brüssel am 3. Juni 1946 wurde die internationale kriminalpolizeiliche Kommission neu formiert. Telegraphenadresse für die IKPK war das Wort „Interpol“, als Kurzwort für „internationale Polizei“. Bald ging die Be-

zeichnung auf die gesamte Organisation über. Bis zur Brüsseler Konferenz war Oskar Dressler formell Generalsekretär der IKPO. Sein Nachfolger wurde der Franzose Louis Ducloux. Der Sitz der Interpol wurde nach Paris verlegt. Österreich trat der Interpol im Dezember 1947 wieder bei.

Wirklicher Hofrat Dr. Oskar Dressler starb am 21. Dezember 1959 in Wien. Interpol-Generalsekretär Marcel Sicot schrieb in seinem Nachruf über Dressler: „Gewiss hat seine Haltung in der Zeit von 1938 bis 1945 manche Kritik und Zweifel an seinem Charakter laut werden lassen, doch ein Faktum stand nie zur Debatte: Siebzehn Jahre lang war er in seiner Heimatstadt das treibende Element hinter der IKPK, und er setzte jeden Tag seine Tatkraft und sein Wissen aufs neue für die Gruppe ein, der er vertraute. Es ist an der Zeit, seinen Namen aus der Versenkung verlorener Reputationen emporzuheben.“ *Werner Sabitzer*

*Quellen/Literatur:*

*Bellmann, Elisabeth: Die Internationale Kriminalistische Vereinigung (1889–1933). Verlag Peter Lang, Frankfurt/Main, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien, 1994.*

*Bresler, Fenton: Interpol. Sinclair-Stevenson Ltd., London, 1993.*

*Goldenberg, Alexei: La Commission Internationale de Police Criminelle. Diss. Universität Paris, Paris, 1953.*

*Dressler, Oskar: Die Internationale kriminalpolizeiliche Kommission und ihr Werk. Hrsg. für den Dienstgebrauch von der Internationalen kriminalpolizeilichen Kommission in Berlin-Wannsee. Druck: Wilhelm Santora, Wien, 1942.*

*Jäger, Jens: Verfolgung durch Verwaltung. Internationales Verbrechen und internationale Polizeikooperation 1880-1933. UVK, Konstanz, 2006.*

*Sabitzer, Werner: Lexikon der inneren Sicherheit. Neuer Wissenschaftlicher Verlag, Wien, Graz, 2008.*

*Internationaler Polizeikongress Wien 1923. Festschrift. Wien, September 1923.*

# Ein Beruf mit Vielfalt

Als Polizeijurist hat Hofrat Walter Hladik eine abwechslungsreiche Berufslaufbahn hinter sich – vom Pressesprecher bis zur Prävention. Nach 35 Dienstjahren verabschiedet er sich in den Ruhestand.

**D**ie Abwechslung ist es, die Hofrat Mag. Walter Hladik am Dienst bei der Polizei besonders schätzt. „Einem Juristen bietet die Polizei ein breites Spektrum – vom Verwaltungsstrafverfahren über Mord bis zur Prävention. In einer Rechtsanwaltschaftskanzlei ist man viel stärker auf einen Bereich fixiert“, stellt der Sohn eines Polizisten nach 35 Dienstjahren, kurz vor Antritt seines Ruhestands, fest. Bereut hat er die Entscheidung nie, die ihn nach seinem abgeschlossenen Rechtswissenschaften-Studiums und dem Gerichtsjahr im Dezember 1986 zur Bundespolizeidirektion Wien geführt hat.

Walter Hladik begann seine berufliche Laufbahn als rechtskundiger Beamter im Bezirkspolizeikommissariat Brigittenau. Dieses hat er in bester Erinnerung: „Das Polizeikommissariat im zwanzigsten Bezirk war wie eine große Familie“, erinnert er sich. „Alle sind gut miteinander ausgekommen und haben einander unterstützt. Die Kriminalbeamten sind gleich im Nachbar-



Walter Hladik: Nach 35 Dienstjahren im Ruhestand.

zimmer gesessen. Sie haben mich auf Streife mitgenommen und versucht, mir das polizeiliche Handwerk aus ihrer Sicht zu erklären.“

**Gegenseitiges Verständnis.** Das Verständnis von Uniformierten, Kriminalbeamten und Verwaltungsbediensteten für die Arbeit und die Herausforderungen der jeweils anderen ist Wal-

ter Hladik bis heute ein besonderes Anliegen. Die Verwaltung sei in sämtlichen Bereichen, in denen Exekutivbedienstete tätig sind, gefordert. Was alles zu ihrem Aufgabenbereich gehöre, habe sich im Lauf der Jahre geändert. Fiel anfangs noch der ruhende Verkehr in die Zuständigkeit von Hladik und seinen Kollegen, ist die Verwaltung jetzt auch damit beschäftigt, Anträge für die E-Card jener Personen zu erledigen, von denen kein Foto in einem österreichischen Register gespeichert ist.

Im November 1987 wechselte Hladik als Referent ins Bezirkspolizeikommissariat Döbling. Dort habe er ebenfalls „tolle Kollegen“ gehabt, betont er, auch wenn der Unterschied zwischen den beiden Bezirken kaum größer sein könnte: „Die Kriminalbeamten haben zur Bevölkerung ihres Bezirks gepasst. In Döbling haben sie Krawatte getragen, das wäre in der Brigittenau undenkbar gewesen.“ Die Klientel im 19. Bezirk erwies sich als wesentlich disziplinierter: Der Ladung zu einem Verwaltungsstrafverfahren



Walter Hladik und die verstorbene Innenministerin Liese Prokop am Ausstellungsstand der Wiener Polizei.

folgten praktisch alle, im 20. Bezirk war es ungefähr die Hälfte.

**Öffentlichkeitsarbeit.** Ende November 1990 stand für Hladik die nächste berufliche Veränderung an. Er übersiedelte ins Büro für Informationsdienst, Öffentlichkeits- und Medienarbeit, wo er ab 2000 als Stellvertreter des Vorstands und Referatsleiters für Öffentlichkeits- und Medienarbeit tätig war. „Einerseits war ich mit grundlegenden innerbehördlichen organisatorischen Tätigkeiten betraut, andererseits – im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit – mit der Vertretung der Behörde nach außen“, sagt Hladik.

In dieser Zeit ereignete sich ein spektakulärer Mordfall, der Walter Hladik eine rasche Entscheidung abverlangte: In Döbling wurden eine Frau und ihr Hund bei einem Raubüberfall in ihrem Haus mit einer Maschinenpistole erschossen, am Döblinger Friedhof fand man einen Koffer mit Fotos des Hauses. Der Friedhof wurde daraufhin überwacht. In der Nacht holte der Täter das brisante

Gepäckstück – und nun ging es darum, ihn zu stellen.

Sollte man das Gelände mit einem Hubschrauber ausleuchten? Der Offizier vom Dienst befürwortete diese Vorgehensweise – und Hladik als Vertreter des Polizeipräsidenten außerhalb der Amtsstunden entschied sich dafür. Seine Befürchtung, dem selbst im 19. Bezirk wohnenden Polizeipräsidenten Dr. Günther Bögl würde die nächtliche Licht- und Lärmbelästigung der Döblinger missfallen, bestätigte sich nicht. „Das haben Sie gut gemacht“, lobte der Polizeipräsident am nächsten Tag. Der Täter, dem die Flucht gelang, konnte zwei Jahre später aufgrund eines Hinweises aus Ungarn verhaftet werden.

Als Referatsleiter für Öffentlichkeits- und Medienarbeit war Hladik auch für die Funkstelle zuständig, die er ausländischen Delegationen in Führungen zeigte.

Eine Begebenheit ist ihm besonders im Gedächtnis geblieben: Der Innenminister der Mongolei war äußerst interessiert an den Aufnahmen der im

öffentlichen Wiener Raum angebrachter Kameras. Beim Anblick der über den Stephansplatz flanierenden Menschen ließ er über seinen Dolmetsch fragen, ob man die Leute auch belauschen könne.

**Großereignisse.** Bei großen Demonstrationen und Veranstaltungen, etwa bei Fußballspielen, begleitete Hladik die Kommissionsmitglieder des Menschenrechtsbeirats, die vor Ort darauf achteten, ob es Eingriffe in die Grundrechte gab. „Die Kommissionsmitglieder haben meistens irgendetwas gefunden“, erinnert sich Hladik. Kontrolliert wurde beispielsweise die Dauer der Anhaltung festgenommener Personen.

Bereits 1999 setzte die Wiener Polizei zur Verhinderung von Katastrophen auf die Zusammenarbeit mit Energieversorgungsunternehmen. Steht heute ein Blackout durch Überlastung des Stromnetzes oder durch einen Cyberangriff im Fokus, ging es bei der gemeinsamen Alarmübung „Energie 99“ von Wiener Polizei und Militärkom-

mando Wien darum, terroristische Anschläge auf Einrichtungen der Energieversorgung in Wien zu verhindern. Walter Hladik war bei der fünftägigen Übung in Zusammenarbeit mit der Pressestelle des Militärkommandos Wien für die Pressearbeit zuständig.

Vor und während der Fußball-Europameisterschaft 2008 leitete er das *EURO-Pressezentrum*. „Der innerorganisatorische Tagesablauf umfasste Aufbau und Einrichtung des *EURO-Pressezentrums*, Erstellung von Dienstplänen, Kontakthalten zur Behördenspitze, Einrichtung von zwei Außenstellen zur Journalistenbetreuung, Besprechungen und Abstimmungen mit dem Magistrat der Stadt Wien und dem Bundesministerium für Inneres sowie Organisation der Betreuung von Hospitationen und Delegationen. Zusätzlich wurde täglich eine Pressekonferenz abgehalten“, beschreibt Hladik die vielfältigen Aufgaben, bei denen ihn ein Team aus 35 Mitarbeitern unterstützte.

Für den erfolgreichen Ablauf war laut Walter Hladik nicht zuletzt die gute Kooperation mit der Stadtregierung verantwortlich: „Egal, was wir gebraucht haben, es ist eins zu eins von der Stadt Wien umgesetzt worden.“ Bereits im Vorfeld habe die Polizei Unterstützung erhalten, etwa durch ein spezielles Medientraining in einem nachgebauten ORF-Studio. Auch der Austausch mit ausländischen Behörden, etwa mit szenekundigen Beamten anderer Länder, funktionierte reibungslos.

**Prävention.** Noch im selben Jahr verließ Hladik das Büro für Informationsdienst, Öffentlichkeits- und Medienarbeit, da ihn ein anderer „nur positiv besetzter“ Aufgabenbereich reizte: die Prävention.

Im Dezember 2008 wurde er zum Vorstand des Büros für Kriminalprävention bestellt. Das erste Thema, dem er sich intensiver widmete, war der Eigentumsschutz. Vor allem Einfamilienhäuser in den Außenbezirken



Walter Hladik: „Dank und Anerkennung“ von Polizeipräsidenten Gerhard Pürstl.

wurden Opfer nächtlicher Einbrüche. Von einer Möglichkeit, wie sich Informationen einfach zu potenziell Betroffenen bringen lassen, erfuhr Hladik bei einer österreichweiten Besprechung der Präventionsbeamten. Der zuständige Bedienstete aus dem Burgenland erzählte, dass Beratungen in seinem Bundesland in einem Container stattfanden. Dieser wurde per Lkw dorthin gebracht, wo es Probleme gab. Hladik schaffte auch für Wien einen derartigen Container an, zusätzlich stellte die Stadt Wien einen Info-Bus zur Verfügung. Die mobilen Beratungsstellen wurden mit Schauobjekten ausgestattet.

Ein weiterer Schwerpunkt Hladiks Arbeit war Sicherheit für Frauen. Im Projekt „Sicherheitsorientiertes Verhalten für Frauen“ bot die Wiener Polizei Kurse an, die so gut ankamen, dass sie immer sehr rasch ausgebucht waren und für zahlreiche Berichte im ORF und in anderen Medien sorgten.

Gemeinsam mit den „Helfern Wiens“ organisierte Hladik eine Reihe von Veranstaltungen, die neben der Prävention die Unterstützung von Hilfsprojekten zum Ziel hatten. So konnte man etwa in der Vorweihnachtszeit 2011 am Christkindlmarkt beim Rathaus Alkoholvortestgeräte ausprobieren. Durch Spenden der

Marktbesucher kam ein beachtlicher Geldbetrag zusammen, der an das SOS-Kinderdorf in Floridsdorf übergeben wurde.

**Zentrale Koordination.** Im Zuge der Reform 2012 stand für Hladik eine neuerliche berufliche Veränderung an. Ab 1. September 2012 fungiert er als Stellvertreter des Vorstands des Büros Zentrale Koordination (A2), das für die Entwicklung und Koordination polizeilicher Zusammenarbeit zuständig ist. „Das Büro A2 hat die Dienst- und Fachaufsicht über die Polizeikommisariate und Stadtpolizeikommanden sowie die Fachaufsicht über das Landeskriminalamt“, erklärt Walter Hladik. Weitere Aufgaben sind dabei die Durchführung von Großveranstaltungen und das Führen von Statistiken, etwa der Häftlings- oder der Tierhalterstatistik.

Rückblickend betrachtet, sieht Hladik die Erfahrung, bereits im Zuge der Ausbildung mit den Sorgen und Nöten in der täglichen Polizeiarbeit konfrontiert worden zu sein, als äußerst positiv für seine jetzige Tätigkeit: „Man hat fünf Jahre lang an der Basis tätig sein müssen, bevor man sich um eine Zentralstelle bewerben konnte. Da weiß man, welche Probleme es 'draußen' gibt.“

Rosemarie Pexa

## SACHBUCH

## KLICK!



„Siri, stell den Timer auf 6.45 Uhr.“ Dieser unscheinbare Befehl an das

Handy ist ein Baustein im Informationsgebäude über einen Menschen. Er hat für sich allein kaum Bedeutung, im Gesamtzusammenhang kann er ein Puzzleteil eines Gesamtbilds sein.

Univ.-Prof. Dr. Gerd Gigerenzer wurde durch seine Theorien über Entscheidungsheuristiken bekannt. Im Buch „Klick“ beschreibt er, was unsere „smarten“ Geräte von uns aufzeichnen, stellt die Frage, wo Algorithmen besser entscheiden als der Mensch.

Gigerenzer erklärt, künstliche Intelligenz (KI) sei dort sinnvoll einsetzbar, wo die Umwelt berechenbar sei. Wo die Zusammenhänge komplex und von unsicheren Entscheidungen geprägt sind, zieht KI gegenüber dem Menschen den Kürzeren. Gigerenzer beschreibt die Risiken in der digitalen Welt, wie sie richtig einzuschätzen sind, wie wir uns vor den Verlockungen sozialer Medien schützen können und wie wir damit umgehen.

*Gerd Gigerenzer: „Klick. Wie wir in einer digitalen Welt die Kontrolle behalten und die richtigen Entscheidungen treffen“, C. Bertelsmann Verlag, München, 2021, [www.cbertelsmann.de](http://www.cbertelsmann.de)*



Foto: Sabine Gudath

Lana Atakisieva, Polizistin in Berlin-Neukölln.

## FACHBUCH

## NACHTSCHICHT IN BERLIN

**Lana Atakisieva** ist seit 2016 Polizistin und fährt Streifendienst im Berliner Stadtteil Neukölln. In „Nachtschicht in Neukölln“ schildert sie ihre Erlebnisse als Polizistin in einem der Hotspots der deutschen Hauptstadt. Diese Erlebnisse sind untrennbar verbunden mit ihrer Lebensgeschichte als Einwanderin in Deutschland.

Atakisieva kam erst im Alter von 15 Jahren nach Deutschland. Geboren wurde sie 1988 in Saratov in Russland. Als sie fünf war, zogen ihre Eltern um nach Baku in Aserbaidschan. 2003 zog Lana Atakisieva mit ihrer Mutter und ihrer Schwester Sevana nach Berlin. Ihre Mutter benötigte eine Therapie, die es in Aserbaidschan nicht gab. Atakisievas Vater unterstützte die Familie aus der Ferne und kam 2009 nach.

2013, im Alter von 25 Jahren, begann Lana Atakisieva das Studium für den „gehobenen Polizeivollzugsdienst“ an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin. 2016 begann sie ihren Einsatz als Funkstreifenbeamtin als Kommissarin. Seit Kurzem ist sie Polizeioberkommissarin und immer noch im Schichtdienst. Den Dienst in den Straßen von Berlin schätzt sie, weil sie „weiß, dass sich viele Menschen dadurch sicherer fühlen“, schreibt sie. „Ich selbst hatte als Mädchen oft Angst, insbesondere am Abend, aber wenn ich irgendwo einen Funkwagen gesehen habe, gab mir das immer das Gefühl, geschützt zu werden.“

Die Polizistin schildert in ihrem Buch auch Einsätze im Einwanderer-Milieu, mit Frauen, die von ihren Männern eingesperrt werden. Lana Atakisieva erzählt eine lebensechte Realität, die im Unterschied zu Romanen nicht immer in Wohlgefallen für die Beteiligten endet.

*Lana Atakisieva: „Nachtschicht in Neukölln – eine Polizistin erzählt“, Hanser Literatur-Verlage, München, 2021, [www.hanser-literaturverlage.de](http://www.hanser-literaturverlage.de)*

## SACHBUCH

## BEWUSSTSEIN



**Kann ein Mörder** sich bewusst für seine Tat entscheiden oder hat er dar-

auf keinen Einfluss? Die Theorie von bewussten Entscheidungen wurde angesichts einer Reihe von Forschungsergebnissen in den 1990er- und 2000er-Jahren infrage gestellt.

Antonio Damasio, Direktor des *Brain and Creativity Institute* an der University of Southern California, beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Fragen des Bewusstseins und der Einflüsse von Denken und Fühlen auf die Handlungen des Menschen. Sein neues Buch ist eine Kurzzusammenfassung zum Stand der Wissenschaft über das menschliche Bewusstsein. Der Neurologe, Psychologe und Philosoph fasst darin naturwissenschaftliche und philosophische Ergebnisse zusammen. Auf die Entscheidung, ob jemand tötet oder nicht, haben jedenfalls sowohl das Fühlen als auch das Denken einen Anteil.

*Antonio Damasio: „Wie wir denken, wie wir fühlen. Die Ursprünge unseres Bewusstseins“, Hanser Literatur-Verlage, München, 2021, [www.hanser-literaturverlage.de](http://www.hanser-literaturverlage.de)*



## STILBLÜTEN

„Männer sterben öfter als Frauen.“

*Die Presse*

„Leiche auf Friedhof entdeckt“

*Bild*

„Vom Auto überfahren, geschlagen und gewürgt.“

*Heute*

„Vertuschungsskandal: Papst antwortet mit Schweigen“

*ORF.at*

„Zuchtbulle geht auf Spritztour“

*Offenburger Tageblatt*

„In einem Moment jugendlicher Morbidität sind die beiden einen Pakt eingegangen: Wer als Erster stirbt, muss auf dem Grab des anderen tanzen.“

*Kronen Zeitung*

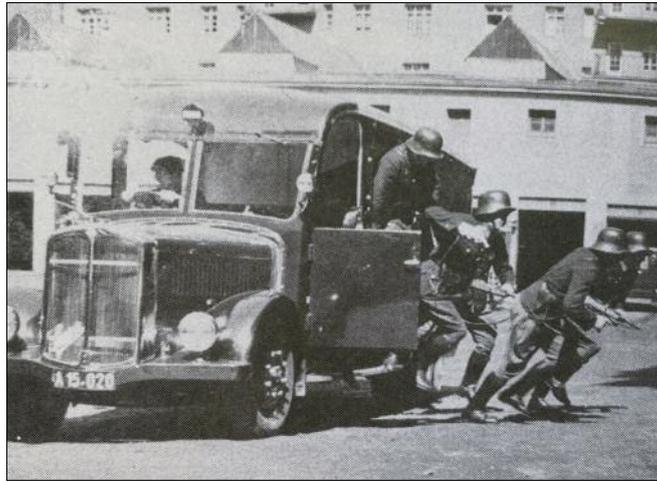
„Bad Vibes, Good News: Männer sollen ihre Schwester ermordet haben.“

*Salzburger Nachrichten*

„Betrunken: Polizei schlägt Scheibe ein“

*Amberger Zeitung*

## SCHLUSSLICHT



Übung des Überfallskommandos 1936.

## DAS ÜBERFALLSKOMMANDO

Bei der Wiener Polizei wurde am 1. November 1935 in der Marokkanerkaserne die Polizeinotrufzentrale mit der Telefonkurznummer A I 22 eingerichtet. Gleichzeitig wurde das Überfallskommando (ÜKO) aufgestellt. Dem ÜKO standen drei Mannschaftstransportwagen der Type „Saurer“ mit Spezialausrüstung zur Verfügung. Im „Überfallswagen“ gab es Platz für den Lenker, den Funker und sechs Sicherheitswachebeamten. Es gab drei ÜKO-Mannschaften, gestellt von der Hauptdienstkompanie der Alarmabteilung. Eine Mannschaft bestand aus einem dienstführenden und fünf eingeteilten Sicherheitswachebeamten. Im ersten Jahr des Bestehens rückte das ÜKO in 177 Fällen aus, davon 91-mal wegen Einbrüchen, 59-mal wegen Raufereien und anderen Exzessen und 14-mal wegen öffentlicher Gewalttätigkeit, Raub sowie zur Unterstützung für in Bedrängnis geratene Polizisten. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im März 1938 blieb das Überfallskommando bestehen, obwohl die Wiener Polizei radikal umorganisiert wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in der Rossauer Kaserne das Einsatzkommando (EKO) aufgestellt.

## ZITATE

„Sprachliche Spuren können mehr über den Täter aussagen als sein eigener Fingerabdruck!“

*Sprachprofiler Leo Martin*

„Die Mafia wäscht in Deutschland enorme Geldsummen, die aus dem Kokainhandel stammen.“

*Nicola Gratteri, Oberstaatsanwalt in Kalabrien*

„Die Mitglieder eines Chores sind keine Mannschaft im Sinne des Kraftfahrgesetzes.“

*Entscheidung des UVS Wien, UVS-03/32/663/91*

„Der Kriminalbeamte braucht nur einen guten Blick und einen hellen Kopf.“

*Franz Konhäuser, Wiens legendärer Kriminalbeamter*

„Amtsdeutsch ist der Stammesdialekt der Eingeborenen im Paragrafendschungel.“

*Hans Ernst Duve, Notar*

„Wer sich der Geschichte nicht stellt, den stellt die Geschichte!“

*Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka*

**IMPRESSUM Herausgeber:** Landespolizeidirektion Wien, 1010 Wien, Schottenring 7-9, vertr. d. Dr. Gerhard Pürstl, Mag. Franz Eigner, Dr. Michael Lepuschitz, MA. **Herausgebervertreter:** Gerald Baran, BA, Rudolf Haas, BA, Gerhard Haimeder, BA, Wolfgang Krammer, MA, Werner Matjazic, MA, Mag. Manfred Reinthaler, MA, Mag. Klaus Schachner, MA, Dr. Thomas Schindler, Harald Trottmann, Xenia Zauner, MA. **Chefredakteur:** Dr. Gerhard Brenner. **Redaktionsanschrift:** 1010 Wien, Schottenring 7-9, Tel. (01) 31 310-76002, [polizei.redaktion@aon.at](mailto:polizei.redaktion@aon.at). **Redaktion:** Prof. Ferdinand Germadnik, MSc, Maria Rennhofer-Elbe, BA, Werner Sabitzer, MSc, Mag. Rosemarie Pexa, Anna Strohdorfer, MA. **Weitere Autoren:** Gernot Burkert, Uwe Eglau, Dr. Rudolf Prokschi, Dr. Angelika Schäffer, Clarissa Valda; **Bilder:** Thomas Cerny, Michael Dietrich, Bernhard Elbe, Prof. Ferdinand Germadnik, Daniel Kahneman, Gerd Pachauer, Samantha Power, Werner Sabitzer, MSc, Karl Schober, Alexander Tuma, Egon Weissheimer. **Medieninhaber (Verleger) und Hersteller:** Wilhelm Bzoch GmbH., Wiener Straße 20, 2104 Spillern, Tel. (02246) 4634, Fax (02246) 4634-690, E-Mail: [prepress@bzoch-medien.at](mailto:prepress@bzoch-medien.at). **Anzeigenleitung:** Johann Köchelhuber, Tel. (0664) 462 71 34. **Herstellungsort und Verlagspostamt:** Spillern. **Grundlegende Richtung:** Informationsmedium für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landespolizeidirektion Wien und die am Thema Sicherheit interessierten Bürger. Kommentare und namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Um einen ungestörten Lesefluss zu erhalten, wird grundsätzlich die männliche Form verwendet und damit auch weibliche Bedeutungen mit umfasst. Der Nachdruck von Inseraten ist nicht gestattet; der vollständige oder teilweise Nachdruck von redaktionellen Beiträgen nur mit Zustimmung der Redaktion.